

Bezugspreis: Vierteljahr 3.00 M., monatlich 1.00 M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die schmalen Reklamewerke ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 6. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutschland und Sowjetrußland.

Das Sowjetorgan „Pravda“ behandelt in einem Aufsatz das Gerücht, Frankreich beabsichtige, der Sowjetregierung den Vorschlag zu machen, Rußland als ehemaliges Entente-

Stund wäre völlig ungenügend, um den Anforderungen Rußlands zu entsprechen. Die gesamte Kreditfrage, vom russischen Standpunkt aus gesehen, müsse auf eine internationale Grundlage gebracht werden.

Die Rußlandshilfe.

Nach einer Aufstellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die eingegangenen Geldbeträge für die russische Hilfsaktion haben die deutschen Gewerkschaften bis zum 15. Dezember 4 967 202 M., also 73 000 Gulden gesammelt.

Das erste vom Internationalen Gewerkschaftsbund geschickte Schiff für die Hungernden in Rußland ist am 23. Dezember von Hamburg nach Riga abgegangen, von wo aus die Waren per Eisenbahn über Rostow nach dem Tschumachen-Distrikt weiterbefördert werden.

Zur Begleitung des Transports und zur Verteilung im Hungergebiet hat der Internationale Gewerkschaftsbund die Gewissen H. Bouters (Brüssel), Kollmerhaus (Berlin) und Stroht (Hamburg) delegiert.

Ein weiterer Dampfer wird im Januar in Hamburg beladen werden. Die hierfür bestimmten Lebensmittel sind zum Teil schon angekauft und lagern in Hamburg oder sind noch nach Hamburg unterwegs.

Die Befrachtung der Dampfer erfolgt durch die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumverein m. b. H., die auch den Einkauf der Waren für den Internationalen Gewerkschaftsbund in der Hauptsache übernommen hat.

Ein neuer Aufruf Ransens.

In der schwedischen Presse ist ein neuer Aufruf Ransens erschienen, in der er die Feinde Rußlands, die die Gerüchte verbreiten, daß die für die Hungernden gesandten Lebensmittel nicht ihrer Bestimmung zugeführt werden, „Teufel in Menschengestalt“ nennt.

mit den den Gegenstand der Besprechungen des Obersten Rates bildenden Angelegenheiten die deutsche Regierung auf keinen Widerspruch stoßen werde, wenn sie sich im gegenwärtigen Augenblick weiteren Neußerungen zu diesen Angelegenheiten enthalten.

Amerika und die Besatzungstruppen.

Washington, 5. Januar. (WIB.-Funktionär.) Das Kongreßmitglied Britten hat einen Antrag eingebracht, in dem Präsident Harding aufgefordert wird, auf der Abrüstungskonferenz die sofortige Zurückziehung aller alliierter Truppen aus Deutschland zu beantragen.

Wofür Frankreich Geld hat.

Frankfurt a. M., 5. Januar. (WIB.) Gegenüber den Veröffentlichungen der Würzburger Zeitung „Das neue Volk“ behauptet Dr. Dörten in einem Schreiben an die „Frankfurter Ztg.“ nachmals, daß die Behauptungen des Cichhorn, wonach er, Dörten, durch Brunant Clarac 250 000 Fr. und von dem französischen Ministerpräsidenten Legerue eine monatliche Subvention von 100 000 Fr. erhalten habe, erlogen und die ihm zugeschriebenen Berichte an General Mangin erdichtet seien.

Zur Frage der Einigung.

Eine Richtigtstellung.

Von Karl Kautsky.

Der „Vorwärts“ vom 4. Januar nimmt Notiz von meinem Artikel zum Leipziger Parteitag, der in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ und gekürzt, in der „Freiheit“ erschienen ist, und äußert einige Bedenken zu meiner Auffassung, daß die Einigung nicht die Unterdrückung der verschiedenen Richtungen in der sozialistischen Bewegung bedeute, sondern das Ausschleichen ihrer Differenzen innerhalb der gemeinsamen Partei.

Wir können Kautsky in diesem zustimmen, nicht in allem, insbesondere nicht in dem Gedanken, daß sich die USF. nach vollzogener Einigung als eine besondere Richtung in der Partei konstituieren soll. ... Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, die gerade jetzt sehr störend wirken könnten, lege ich Wert darauf, richtigzustellen, daß ich nie die Forderung erhoben habe, die Unabhängigen sollten sich nach vollzogener Einigung in der Gesamtpartei als besondere Richtung konstituieren, oder als wünschte ich organisierte Richtungskämpfe innerhalb der Partei.

Im Originaltext schloß sich an den Schluß des vorletzten Absatzes der dritten Spalte des Abdrucks in der „Arbeiter-Zeitung“ der letzte Absatz der zweiten Spalte an. Nachdem ich im vorletzten Absatz ausgeführt, die Partei müsse Raum haben für den Kampf verschiedener Richtungen in ihr, sahre ich im folgenden Absatz fort:

Das ist etwas Außerordentliches oder gar Unmögliches. Es war der allgemeine Zustand der sozialistischen Parteien vor dem Kriege und ist jetzt bei allen sozialdemokratischen Parteien zu finden.

Das ist wohl deutlich genug. Mit dem Fortbestehen der jetzigen sozialistischen Parteien als getrennte Organisationen innerhalb einer großen Gesamtpartei konnte ich mich höchstens abfinden als Uebergangsstadium, solange die volle organisatorische Einigung nicht zu erreichen war, die unser Ziel sein muß, und die allein ein vollkommenes Funktionieren des Parteiapparates ermöglicht.

Als Uebergangsstadium zur Einigung ist die Zusammenfassung getrennter Organisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft bereits erprobt. Im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts gab es in Frankreich nicht weniger als fünf sozialistische Parteien: Blanquisten, Guesdisten, Possibilisten, Allemanisten und Jaureßisten.

Von 1893 bis 1898 schlossen sich diese Parteien wenigstens im Parlament zu einer sozialistischen Gruppe zusammen, die in der Regel ganz gut gemeinschaftlich arbeitete. Nach den Wahlen von 1898 bildeten auch die Parteien selbst eine „Entente“ und schufen ein „Comité d'Entente“, in dem jede der fünf Organisationen durch sieben Delegierte vertreten war.

Unglücklicherweise kam es bald darauf zum Fall Millerand, der für das junge und schwache Gefüge eine zu starke Belastungsprobe war. Die sozialistische Entente ging 1900 aus dem Leim, doch war man so weit, daß die fünf Organisationen sich nicht wieder selbständig machten. Es gab nach der Spaltung wenigstens nur noch zwei Parteilgruppen: die Rechte der Possibilisten und der Allemanisten (sammelten sich unter der Fahne Jaureß). Die Guesdisten und Blanquisten bildeten eine gemeinsame Gruppe.

Ein vollkommener Parteiorganismus wurde jedoch erst 1905 geschaffen durch die große Einigung und Bildung einer Gesamtpartei, in der sich alle sozialistischen Splitter auflösten.

Von da ab begann der gewaltige siegreiche Aufstieg des französischen Sozialismus, der andauernd, bis der Bolschewismus einen großen Teil des französischen Proletariats und seiner Führer teils benebelte, teils korrumpierte und den Sozialismus Frankreichs zur Richtigkeit degradierte.

Ich betone nochmals, daß mir organisierte Richtungen innerhalb der Partei unzumutbar erscheinen. Ich bin davon überzeugt, daß der Sozialismus das Maximum seiner Werbekraft und Energie nur erlangen kann durch die Auflösung der heutigen separaten Organisationen und ihr Aufgehen in einem großen Gesamtorganismus, daß nur diese einheitliche Gesamtpartei den historischen Aufgaben des deutschen Proletariats genügen kann. Trotzdem würde ich es bereits für einen großen Fortschritt halten, wenn es gelänge, vorläufig wenigstens eine Arbeitsgemeinschaft, eine „Entente“ der sozialistischen Parteien in Deutschland mit einem gemeinsamen Komitee der Verständigung für gemeinsame Aktionen als Vorbereitung für die definitive Einigung zu schaffen.

Der Leipziger Parteitag würde sich ein großes Verdienst um den Sozialismus erwerben, wenn er den Anstoß zu einer

Verhandlungsbeginn in Cannes.

Cannes, 5. Januar. (WIB.) Die erste technische Vorversammlung fand von 11.30 bis 1 Uhr mittags statt. Ueber diese Sitzung wurde keine Mitteilung veröffentlicht. Die Minister der Alliierten werden in der Reparationsfrage heute nachmittag eine weitere Besprechung haben.

London, 5. Januar. (WIB.) Eine Echango-Meldung besagt, bisher sei keinerlei Uebereinkunft bezüglich des Programms der Konferenz des Obersten Rates erzielt worden. Lloyd George, der der Ansicht sei, daß die Frage der Reparationen vom wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas abhängt, machte diese Frage gern an die Spitze des Programms gesetzt sehen. Briand stelle sich jedoch auf einen anderen Standpunkt. Eine andere unbefristete Meldung aus Cannes besagt, Briand sei von seiner gestrigen Unterredung mit Lloyd George sehr befriedigt. Er habe erklärt, man sei vorwärtsgekommen, und seiner Ansicht nach werde man die Grundlage für ein neues Europa legen.

Eine deutsche Note.

Berlin, 5. Januar. (WIB.) Wie wir erfahren, hat die Deutsche Reparationskommission am 4. d. Mts. abends der Reparationskommission eine Note überreicht. Darin wird die Uebermittlung von Material zu den von der Reparationskommission in der Note vom 2. Dezember vorigen Jahres aufgeworfenen Fragen angeknüpft.

Im übrigen wird der Ausspruch ausgedrückt, daß mit Rücksicht auf den Zusammenhang der in der Note der Reparationskommission vom 16. Dezember vorigen Jahres gestellten Fragen

Box 20

solchen Entente geben wollte. Ob wir Grund haben, einen solchen Schritt zu erwarten, habe ich hier nicht zu erörtern. Es erschien mir jetzt auch wüßig, da die nächsten Tage uns bereits volle Klarheit bringen werden.

Keine Einberufung des Ausw. Ausschusses.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Ein Teil der rechtsgerichteten Presse erhebt bereits heute wieder den Ruf nach Einberufung des Auswärtigen Ausschusses, um angeblich zu dem Reparationsproblem und zu dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Ententemächten und Rathenau Stellung zu nehmen. Dieser Ruf ergeht ausgerechnet zu einer Zeit, wo die Konferenz in Cannes beginnt und Vertraulichkeit nottut, die selbst nach Feststellungen deutsch-nationaler Blätter durch Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses in der letzten Zeit sehr häufig verletzt worden ist. Schon das Zugeständnis, daß die Öffentlichkeit die im Ausschuss gehaltenen Reden nur einige Stunden später erfährt als in einer öffentlichen Plenarsitzung, läßt die sinnlose Forderung von der notwendigen Einberufung des Auswärtigen Ausschusses überflüssig erscheinen. Im übrigen muß man sich doch fragen, soll der Ausschuss vielleicht zu Gerüchten und zu dem von der Rechtspresse mit Geißel geförderten Pessimismus in der Reparationsfrage Stellung nehmen, zumal Rathenau noch in Paris bzw. Cannes festgehalten ist? Wir haben es weniger eilig wie Hergt und Helfferich und werden für die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses eintreten, sobald wir wissen, daß eine Einberufung zweckmäßig ist und sie tatsächlich dem Interesse des deutschen Volkes entspricht.

Zerstörung der „Deutschen Werke“?

Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt sich aus Paris melden, der Botschafferrat habe beschlossen, grundsätzlich die Zerstörung der Deutschen Werke zu billigen, die Auflösung der Werke jedoch zunächst auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Das Agrarierorgan muß seiner Meldung selbst hinzufügen, daß den hiesigen amtlichen Stellen die Entscheidung des Botschafferrates noch nicht bekannt ist. In der Tat liegt dessen Beschluß in Berlin noch nicht vor.

Da es sich bei dem Entschluß des Botschafferrates gar nicht um die Zerstörung der Deutschen Werke handelt, sondern darum, ob eine Reihe von Maßnahmen, die die Produktion dieser Werke mehr oder minder unmöglich machen, in Kraft treten soll oder nicht, ist es überhaupt ein Unsinn, darüber zu reden, daß der Botschafferrat die Zerstörung beschließen habe. Es ist bezeichnend für die Gewissenlosigkeit des reaktionären Blattes, wie es unbedenklich seinen Lesern einen „Entschluß“ mitteilt, der in dieser Form jedenfalls gar nicht in Frage kommt. Während das Schicksal von Zehntausenden von Arbeitern mit dem Spruch des Botschafferrates verknüpft ist, wird hier, nur um wieder einmal dem Kabinett Wirth etwas am Zeuge zu flicken, die größte Unruhe in die Besoffenheit getragen und eine offenkundig erfundene Meldung den geneigten Lesern in Fettdruck vorgelegt. Es ist notwendig, diese Praktiken niedriger zu hängen.

Aus Preußen ausgewiesen ...

... in München angeheftet.

Wie die T. L. erzählt, ist der russische „Fürst“ Awaloff-Bermond am 17. Dezember mit Frist bis zum 17. Januar aus Preußen ausgewiesen worden. Die Ausweisung soll erfolgt sein, weil Awaloff-Bermond sich noch immer als Chef der längst nicht mehr existierenden westrussischen Armee aufhält, Orden und Titel an seine Anhänger verteilt usw. Nach Meldung des genannten Bureaus hält sich Fürst Bermond zurzeit in München auf. Ueber ihn sind nach den neuesten Informationen zwischen Preußen und Bayern Besprechungen im Gange.

Im „S. L.“ wurden jüngst Mitteilungen über Awaloff-Bermond veröffentlicht, die diesen Mann als sehr zweifelhaften politischen

Die heiligen drei Könige.

Die Legende von den heiligen drei Königen gehört zu den liebsten der Volksmythologien. Auf den Dörfern ziehen noch heute Kinder und armes Volk vor die Fenster der Bauern und Bürger, mit Krone, Stern und Schmelzke, und Goethe singt von ihnen:

Die heiligen drei König' mit ihrem Stern — sie essen, sie trinken, und bezahlen nicht gern.

So kommt es in der Welt: im Laufe der vielen Jahrhunderte gerät auch der Turpur auf den Dolles, die Kronen erweisen sich als Pappe und der feurige Himmelschweif als eitel Filterpapier. Die Zeit der wirklichen Könige ist dahin, die Krone der Könige sind durch Leid scharfer geworden, und sie haben hinter der Majestät den Menschen (vielleicht) oder den Trottel (häufiger) erkannt.

Aber die Legende kann doch zu denken geben. Der Heiland wird in Kälte und Not geboren, kein Mensch würde darum wissen, wenn sich nicht der Himmel mit außerordentlicher Lichtreklame dafür einsetzte. Die drei Könige kommen und huldigen ihm — dann ist es aus, und man hört nichts wieder von ihnen, obwohl es doch manchmal dringend vordringen gewesen wäre, ein Bierliebender König als Freund in der Not zu haben.

Doch sehen wir darüber hinweg und stellen wir uns einmal vor, die Sache passiere noch einmal. In dieser Zeit, im aufgeklärten Jahrhundert, im Zeichen des Völkerverbundes. Nehmen wir an, der neue Heiland wäre als solcher anerkannt, auf Gutachten hervorragender Leuchten der Wissenschaft und einwandfreie himmlische Legitimationspapiere hin. Die Korrespondenten der „Times“, der „Chicago Tribune“ und des „Figaro“ hätten die Geburtsstätte des Heilands aufgesucht und sowohl Vater als Mutter eingehend interviewt, „Rehterwoche“ und „Pöth“ brächten die Bilder der Heiligen auf alle Bildschirmwände der Welt. Und wieder wären es drei Mächte dieser Erde, vielleicht Harding, Lloyd George und Briand, die sich, diesmal in Extrazügen, auf den Weg machen würden, um der Idee zu huldigen, die das neugeborene Kind verkörpert: der Idee, die Menschen zu lieben, friedlich zu sein, allen ein Wohlgefallen zu bereiten!

Sie würden zur heiligen Stätte wallfahren, und mit ihnen viel Volk, als da sind: Journalisten, Sachverständige, Anwohner, Parteiparlamentarier und eine Sonderexpedition von Cooks Reisebureau. Mit Altknappen, Zolnbern und Regenschirmen würden sie in bestem Einzug halten und mit den schönsten Worten, die ihre Sprachen hergeben, dem Gedanken der Verehrung, der Brüderlichkeit stammenden Ausdruck verleihen. Haas, Reuters und Wolff würden sich um die Drähte folgen, die Notationsmaschinen würden brüllen oder klonnen, ja — und: das helle große Auge der reinen Idee würde die trefflichen Redner ein wenig, doch nur ein wenig lere machen, gerade genug, um die Kunstpause verständlich zu machen, hinter der das große Aber kommt, das große Aber, das alles wieder aufhebt!

Das alles wieder aufhebt!

Abenteurer erscheinen lassen. Nach den Mitteilungen des genannten Blattes heißt der „Fürst“ in Wirklichkeit (schlicht bürgerlich) Vermond und hat sich den Titel eines Fürsten Awaloff aus eigener Machtvollkommenheit zugelegt. Im russisch-japanischen Kriege trat er als Kriegsfreiwilliger ein, wurde befördert, aber dann wieder wegen Schuldenmachens aus der russischen Armee entlassen. Im Weltkrieg trat er dann von neuem auf. Woher er die Geldmittel für sein baltisches Unternehmen bekommen hat, ist ein besonders ungelöstes Kapitel. Jedenfalls ist dieser Held der Freundschaft unserer Mitdeutschen im vollsten Maße würdig, die jetzt um seine Ausweisung blutige Tränen vergießen.

Grufers Freunde melden sich.

Genosse Hermann Müller schreibt uns: Keine kleine Anfrage im Reichstag nach dem Ausgang des Strafverfahrens gegen den Hohenzollernbankier Gruber hat die deutsch-monarchistische Presse mobil gemacht. Statt sich darüber zu freuen, daß — hoffentlich bald — die Reichsregierung die gewünschte Aufklärung geben muß, sucht diese Presse von der ihr unangenehmen Affäre durch einen Angriff auf mich abzulenken. „Kreuzzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“ usw. benutzen dazu eine Notiz der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande“, durch die der Reichskanzler Wirth gebeten wird, nachzufragen, welche Gründe mich veranlassen, freundschaftliche Beziehungen zu dem bekannten Säeiber A. Barmat, Inhaber der R. B. Amsterdamschen Export und Import Handelschappi zu unterhalten. Die miederländische „Bergisch-märkische Zeitung“ geht noch weiter und meint, daß ich wohl gewichtige Gründe gehabt haben würde, Geschäftsverbindungen mit dieser Firma anzuknüpfen. Ich bemerke dazu das folgende:

Ich habe Herrn A. Barmat im April 1919 in Amsterdam in einem Kreise mit befreundeter Sozialisten kennen gelernt. Mir ist bis heute nicht eine einzige Tatsache bekannt geworden, welche den in der deutsch-monarchistischen Presse gegen Herrn Barmat und seine Firma erhobenen Vorwurf der Säeiberung rechtfertigen könnte. Dagegen ist mir bekannt, daß ein Berliner Blatt, das früher ähnliche Vorwürfe erhob, nachdem Herr Barmat gerichtliche Klage angestrengt hatte, den Vorwurf alsbald zurücknahm. Die deutsch-monarchistische Entlastungsoffensive zugunsten des Hohenzollernbankiers Gruber müßte im übrigen schon deshalb scheitern, weil ich niemals in irgendwelchen Geschäftsverbindungen zu Herrn Barmat oder seiner Firma gestanden habe, während die Geschäftsverbindungen des Hauses Hohenzollern zu Herrn Gruber nicht, wie die „Bergisch-märkische Zeitung“ schreibt, auf verströmberischen Schwärmungen beruhen, sondern durch Urteil der 9. Strafkammer des Berliner Landgerichts festgestellt sind.

Der Streit um die Dato-Affäre.

Von den Ende Oktober in Berlin verhafteten spanischen Kommunisten, die der Teilnahme an der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Dato beschuldigt werden, wird einer, namens Rin, entlassen und nach Russland abgehoben werden. Die beiden übrigen Verhafteten, das Ehepaar Fort, verbleiben dagegen noch in Haft. Die Entlassung des Rin ist darauf zurückzuführen, daß die spanische Regierung es verabsäumt hat, innerhalb des durch den spanisch-deutschen Auslieferungsvertrag vorgeschriebenen Termines das Befragungsmaterial zu überbringen. Ueber das Schicksal der beiden anderen Verhafteten ist noch in keiner Weise entschieden.

Wenn die „Rote Fahne“ behauptet, daß ein Auslieferungsbeschluß bezüglich Luis Forts und dessen Ehefrau vorliegt, so entbehrt dies jeder Grundlage. Das Berliner Kommunistsblatt sucht die Ungelegenheit für sich auszunutzen und die deutschen Arbeiter zu einer Aktion für die spanischen Kommunisten aufzufordern. Dies ist deshalb sinnlos, weil der Fall Fort ebenso wie der Fall Rin nach internationalem Brauch und nach internationalem Recht erledigt werden muß, wenn nicht außerpolitische Komplikationen eintreten sollen. Ohne zu der Frage an und für sich Stellung zu nehmen, ist festzustellen, daß die Mittel, mit denen die „Rote Fahne“ in dieser Angelegenheit arbeitet, nicht einwandfrei sind. Sie behauptet nämlich, daß die französischen Arbeiter durch Demonstrationen die Auslieferung eines in Paris unter der gleichen Beschuldigung verhafteten Spaniers Ortiz verhindert hätten. Diese Darstellung ist unrichtig. Sie wird

Sie würden dann befriedigt wieder abreisen, eine Weile noch würden einige Stenotypistinnen an den Protokollen zu schreiben haben; längst hätte aber schon ein internationaler Vormarsch das Interesse der Welt woandershin gelenkt. Nur die Kinder armer Leute singen weiter in winterlichen Dörfern:

Die heiligen drei König' mit ihrem Stern — sie essen, sie trinken, und bezahlen nicht gern.

Waldverwüstung.

Von R. H. Francké.

Als das Raß der Sünden voll war, sprach das Gesetz der Dinge: es ist genug. Ich habe euch ein Urteil zu sagen, daß selbst Taube es hören müssen.

Solange der Mensch noch so naiv und unwissend war, daß er selbst in den Bäumen eine Seele suchte und daran glaubte, im Walde lebe heilig und unverletzlich etwas von den eigenen Wurzeln des Menschengeschlechts, da grünten die heiligen Haine auch unter dem ewigblauen Himmel im Morgenland. Die Federn des Libanon waren ein Urwald, das Tal von Antiochia ein Rosenhain, schattige Wälder umgeben den Olymp, und das roteinnische Land war ein Eden für Jäger und Fischer.

Die Sage läßt Salomo die Federn des Libanon füllen zum Tempelbau in Jerusalem. In Wirklichkeit wetteiferten die Phöniker, Syrien zu entwalden, um Holz zu gewinnen für ihre Schiffe, und Schiffsladungen voll Holz gingen in das Land des Niles. Wälder schüßte eine langsam ermattende Religion die Tempelhaine und Kultwälder der Änkte, dann kamen drei Jahrhunderte der Waldverwüstung. Die Bischöfe des byzantinischen Reiches verkleuderten die ihnen zugefallenen heiligen Wälder.

Das war die Schuld. Die Sühne folgte nach. Der Orient trodnete aus. Mit den heiligen Wäldern verschwanden auch die heiligen Quellen, mit den Quellen die befruchtenden Flüsse. Syrien wurde ein Wüstenland, der Uferraum der Phöniker wurde zur Wüste, Jerusalem lag in einer steinigen Dede. So wie Kleinasien zur Wüstenei wurde und Griechenland zu einem Steinfeld und Unterhällen zur Mochia (Geflüppöde).

Mit unendlicher Mühe hat der Mensch anderthalb Jahrtausende lang getrachtet, das wieder gut zu machen, was er in drei Jahrhunderten schloß. Der tiefe Verfall ist daher heute nicht mehr zu sehen. Wohl aber trat er ein nach dem erschöpften Zusammenbruch des Altertums. Soweit sich die Welt von 400 und 500 nach Christus rekonstruieren läßt, zeigt sich das Bild eines erschreckenden Verfalls. Ganze, ehebem fruchtbare Länder werden verlassen, so wie die hungernden Südrussen von ihren Wohnsitzen weggewogen nach Art eines Heuschreckenschwarmes, weil alles lahngestren ist. Die igrischen Städte sind manchmal so erkalten, als seien ihre Be-

auch dadurch nicht zureichender, daß die „Rote Fahne“ dafür ein Zitat der Pariser kommunistischen Zeitung, der „Internationale“, auführt, in der die deutschen Gewerkschaften wegen ihrer angeblichen Untätigkeit beschuldigt werden. Die Freilassung des in Paris verhafteten Kommunisten Ortiz geschah nicht infolge einer Aktion der französischen Kommunisten; sie ist vielmehr auf dieselben Umstände zurückzuführen, wie die Freilassung des Spaniers Rin in Berlin, nämlich darauf, daß die spanische Regierung keinen Auslieferungsantrag gestellt hat. Man kann kaum behaupten, daß dies ein Verdienst der französischen Kommunisten ist.

Die KPD. in tausend Nöten.

Friedland geht nicht — Opposition von links und rechts.

Die wir bereits mitteilten, hat die kommunistische Zentralkommission ihren gemäßigten Generalsekretär Friedland auch seines Postens als Groß-Berliner Stadtoberordner zu entheben versucht, indem sie die von ihm in blanco ausgestellte Eintrittserklärung beim Stadtoberordneramt einreichte. Friedland aber erklärte nach Meldung der Korrespondenz S. S., daß er keine Ursache habe, sein Mandat niederzulegen. Er werde die städtischen Körperschaften dahin informieren, daß die Zentrale der KPD gegen seinen Willen und über seinen Kopf hinweg gehandelt hat. Das ganze System der Blankoverträge erweist sich damit als vollendete Komödie. Noch in keinem Falle hat ein kommunistischer Mandatsinhaber (es sei erinnert an die Fälle Leoi, Reich usw.), der auf diese Weise abgesetzt werden sollte, seine unwillkürliche Abdankung anerkannt, und gerade die kommunistischen Führer, die über die Hartnäckigkeit ihrer Vorgänger große Entrüstung markiert haben, handeln um kein Haar anders, sobald die Reihe an sie selbst kommt.

Ueber die derzeitige Lage in der KPD. meldet die genannte Korrespondenz weiter: Die Säuerung in der kommunistischen Partei nimmt immer stärkere Formen an und man hat, um der drohenden Auseinandersetzung zwischen den drei sich jetzt in Berlin befindenden Richtungen zu entgehen, die Sitzung des Zentralkomitees zunächst vertagt. Die Zentrale der KPD. hat sich bekanntlich nicht nur gegen die unter Führung von Dr. Leoi stehende kommunistische Arbeitsgemeinschaft zu wehren, sondern ebenso ernste Schwierigkeiten von der ultraradikalen Richtung zu erwarten, die sich um die jetzt wieder aus der Haft entlassene Ruth Fischer und Raslowhart. Wie verlautet, will die Zentrale der KPD. sich zuvörderst durch einen besonderen Delegierten mit Radef in Moskau in Verbindung setzen, um die jetzt einzuschlagende Taktik festzulegen. Die Schwierigkeiten, die der Zentrale jetzt auch außerhalb Berlins erwachsen, steigern sich fast von Tag zu Tag, und man trägt sich, wie von gut unterrichteter Seite behauptet wird, sogar mit dem Gedanken, den ganzen Ortsbezirk Hamm abzuschleppen, da diese Gruppe jetzt ein Flugblatt erlassen hat, das der Zentrale der kommunistischen Partei offenen Kampf ansagt.

Für gläubige Seelen.

Es ist erbäulich, wie sich die „Rote Fahne“ aus dem Niederschönenfelder Skandal herauswinden sucht. Sie beschuldigt uns, die wirkliche Verteilung des Geldes unseren Lesern nicht mitgeteilt zu haben, obgleich wir das bereits in unserer ersten Notiz vom 24. Dezember 1921 noch lange vor der „Roten Fahne“ taten. Wer wirklich verschweigt und unterschlägt, das ist die „Rote Fahne“, die hier, wie immer, ihren Lesern nur gerade soviel mitteilt, als die gläubigen Schäflein erfahren dürfen, ohne daß ihr Glaube an die Vollkommenheit der kommunistischen Führer erschüttert wird. So schreibt sie zu der jüngsten Wendung der Sache:

Der „Vorwärts“ sucht seine erlittene Schlappe wettzumachen, indem er eine weitere Behauptung nachdruckt, in welcher dem Genossen Duse, einem früheren Mitgliede der Münchener Bezirksleitung, eine Fälschung vorzuerworfen wird.

„Eine Behauptung“, „eine Fälschung“. Um wessen Behauptung es sich handelt, worin die Fälschung besteht, das darf der Leser der „Roten Fahne“ nicht erfahren. Er darf nicht erfahren, daß Erich Mühsam selber und dessen Anwalt es sind, die behaupten, daß der angebliche Mühsamsche Verteilungsschlüssel von dem kommunistischen Mitgefängenen Mühsams, dem Bezirksleiter Duse gefälscht worden ist.

möhner an einem bestimmten Tag weggegangen und nicht wiederkehrt. Palmyra, Coesares in Kappadokien, Larisa in Thrazonien, Apamea und Emesa in Syrien, Antiochia, eine Weltstadt sondersgleichen, sind buchstäblich verödet; man hat sie, offenbar aus Mangel an Wasser, verlassen.

Welcher Gesichtsfreude wird einmal diese furchtbare Trogdöbe eines verdurfteten Landes schreiben!

Dieser Prozeß geht aber weiter; aus dem Morgenland ist er zu uns herübergesprungen und bei uns beginnt die neue Schuld. Sie wird aber auch neue Sühne fordern. Schon ist Spanien verödet, Frankreich hat keine Wälder mehr und kann seinen Holzbedarf nicht mehr im eigenen Lande decken, Belgien und Holland kennen den Begriff Wald überhaupt nicht, ebenso wenig England, wo der Park an seine Stelle getreten ist. Deutschland aber hat schon an Stelle der natürlichen Wälder fast nur mehr künstliche Forste, und von den 66 Proz. Wald, mit denen es noch zu unserer Väter Zeit bedeckt war, sind seitdem mehr als hundert Teile abgebröckelt. Gerade jetzt organisiert man eine noch nie dagewesene Holzfällung gegen den Rest.

Trotz aller Aufforstung schwindet daher in Europa doch immer mehr von der Walddecke, wo der versengende Hauch der Kultur und der Ueberbevölkerung hinkommt.

Wie lange noch und die Meteorologen werden das herzhast bejahren, was sie jetzt schon leise vermuten, daß unser Klima extremer, vor allem aber trockener wird. Es gibt auch eine natürliche Botschafterin Europas. Ohne Wälder wird auch unser Boden zur Steppe, so wie er es in den waldlosen Teilen Russlands und Ungarns geworden ist. Eines Tages wird auch bei uns das Raß der Sünden wider die Natur wieder voll sein, und dann spricht die Stimme der Notwendigkeit auch hier das Urteil ebenso gleichmäßig, wie sie es im Morgenland gesprochen hat.

Jadlowker-Gastspiel. In Verdis „Traviata“ ist der Alfredo Germont die unwahre und unwahrscheinlichste Gestalt, ein Vater, dessen nicht reif zum Leben, Lieben und Sterben. Man traut ihm schon die Taktlosigkeit zu, seine Geliebte öffentlich dem Spott preiszugeben. Aber so monoton, so unendlich toll, so von oben herab und mit den Händen in den Hosentaschen wie Jadlowker es tat, braucht diese Gestalt doch nicht gespielt zu werden. Die bloße Wirkung wurde durch eine Indisposition und durch eine ganz schlappe Tenorhöhe noch verschlechtert. Dagegen schaffte Frau v. C. C. C. C. in der doch auch nicht sehr lebenswarmen Partie der Violetta einen gesanglich wie schauspielerisch ganzen Menschen, ferner gesünder und treuer noch als das Original. Ihre warme und jarte Stimme sporgegenüber der Bräutigams Jadlowker ein wahres Balsam. Nicht minder der schön Gesang des alten Germont im Munde von Schiussus. Ein Herr Ehrenberg dirigierte mit Würde und Aufwand. Die Aufführung ließ bei unerwünschten Preisen auf einen hohen und besonderen Gast rechnen. Diese Hoffnung trat nicht ganz, doch blieb der Star nicht Jadlowker, sondern C. C. C. C. K. S.

Neue Machtprobe der Rathausmehrheit.

Einheitsfronten rechts und links. — Dr. Caspari Vorsteher. — Die „Mehrheit“ . . . beschlußunfähig!

In der Stadtverordnetenversammlung wollten bei der Neuwahl des Vorstandes die Bürgerlichen aufs neue zeigen, daß jetzt sie — wenn sie alle da sind — die „Mehrheit“ haben. Mit vereinten Kräften suchten sie zu verhindern, daß der Posten des ersten Vorstehers von einem Sozialdemokraten besetzt würde. Daß die Sozialdemokratische Fraktion als die überhaupt stärkste der ganzen Stadtverordnetenversammlung ein zweifelsfreies Unrecht auf diesen Posten hat, betonte nochmals mit allem Nachdruck unser Genosse Heimann und nach ihm auch Dr. Löwenstein von den Unabhängigen und Dörr von den Kommunisten. Die von Knüppel-Kunze und den Deutschnationalen bis zu dem Zentrum und den Demokraten reichende Einheitsfront der Rechten war sehr unangenehm überrascht, sich einer Einheitsfront der Linken gegenüber zu sehen. Unabhängige und Kommunisten erklärten, daß sie dem Kandidaten der Sozialdemokratischen Fraktion, unserem Genossen Franz Krüger, diesmal sämtlich ihre Stimme geben würden, weil er der Vertreter des Sozialismus und der Arbeiterchaft ist. Die Versammlung war nicht vollzählig; bei der Rechten wie bei der Linken fehlten mehrere Stadtverordnete wegen Krankheit. Gewählt wurde Dr. Caspari mit 110 Stimmen, während 103 Stimmen auf unseren Genossen Krüger fielen. Diese „Machtprobe“ war geplatzt, aber schon bei der Wahl des ersten Stellvertreters zeigte die „Mehrheit“ sich in ihrer kläglichen Ohnmacht. Die drei Fraktionen der Linken hatten kein Verlangen, überhaupt in einem Präsidium vertreten zu sein, das unter dem Zeichen undemokratischer Ausnutzung eines ganz geringen Uebergewichtes der bürgerlichen Mehrheit ins Leben tritt. Die gesamte Linke enthielt sich der Abstimmung — und so erhielt der Deutschnational Fabian als Vorsteherstellvertreter nur 106 Stimmen, womit die Versammlung beschlußunfähig wurde und auflöste. Auch das war eine Machtprobe, aber keine, an der die Bürgerlichen ihre Freude haben konnten

Sitzungsbericht.

Die erste Sitzung im neuen Jahre ist vor allem der Rekonstituierung der Versammlung gewidmet. Die Sitzung wird um 5 Uhr 25 Minuten durch den bisherigen Vorsitzenden Fabian eröffnet, der zunächst einen Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen, der die Ueberfüllung der Straßenbahnwagen zum Gegenstande hat und gegen den Anspruch von keiner Seite erhoben wird, für einstimmig angenommen erklärt.

Die Versammlung schreitet zur

Wahl des Stadtverordnetenvorstehers.

Stadta. Heimann (Soz.): Bei der Vorsteherwahl im November haben wir die Befreiung des Vorsteherpostens mit einem Mitglied aus unserer Mitte gefordert. Ich will die damit von uns geltend gemachten Gründe nicht wiederholen. Die Mehrheit der Versammlung lehnte unsern Anspruch ab; die bürgerliche Mehrheit wählte einen bürgerlichen Vorsteher in der Person des Herrn Dr. Caspari. Darauf haben erst wir und dann die beiden anderen sozialistischen Fraktionen abgesehen, sich an der Bildung des Vorstandes zu beteiligen. Wir haben die Zurückweisung unseres

berechtigten Anspruchs

nicht zum Anlaß genommen, der sachlichen Erledigung der Geschäfte Schwierigkeiten zu bereiten. Nichtsdestoweniger hat die bürgerliche Hälfte der Versammlung in der Zwischenzeit erkennen müssen, daß ihre Mehrheit keine solche ist, die ohne Unterstützung der sozialistischen Hälfte eine glatte Erledigung der städtischen Geschäfte gewährleisten könnte. Nach anderen schnell gefällten Vorschlägen hat man uns nun seitens der bürgerlichen Parteien vorschlagen, es sollten zwei Vorsteher mit gleichen Rechten und Pflichten, und zwar die Herren Dr. Cas-

pari und Franz Krüger gewählt werden, da jene Parteien jetzt auch zugeben müßten, daß Herr Krüger ein für den Posten nach jeder Richtung geeigneter Kandidat sei. Wir erkennen das darin liegende Gegengewicht an, können uns aber der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Verhältnisse, unter denen vor wenigen Jahren der gleiche Weg des Zweimännerstems beschritten und gegen den geschlossenen Widerstand der bürgerlichen Parteien durchgesetzt wurde, von den heutigen total verchiedene waren, sowohl nach der politischen wie nach der persönlichen Seite. Was damals als geboten und den Verhältnissen angemessen sich erwiesen hatte, würde höchstwahrscheinlich heute ein Hemmnis oder gar eine Fessel werden. Wir sind somit außerstande, diesen Vorschlag anzunehmen, sondern erheben, wie im November, den Anspruch, daß ein Vertreter gewählt wird, und zwar aus den Reihen der Stärksten, d. h. unserer Fraktion. Im Auftrag meiner Freunde erlaube ich mir, für diesen Posten unseren Kollegen Franz Krüger vorzuschlagen.

Von Genern (D. Sp.): Was der Vorredner gegen unsern Vorschlag an sachlichen Gründen ins Feld führt, entbehrt der Schärfe. Wir haben hier

überhaupt nicht eine „regierende“ Mehrheit

und eine „regierte“ Minderheit, dazu sind wir in diesen Tagen durch die Not der Zeit viel zu eng aneinander geschmiebt, und der Magistrat setzt sich ja auch heute noch in seiner Mehrheit aus Vertretern der Linken zusammen. — Wir werden also die Wahl auf Grund der bestehenden Mehrheitsverhältnisse vorzunehmen haben. Wenn die Linke wiederum auf die Beteiligung an den Vorstandsgeschäften verzichtet, so liegt davor doch auch ein gewisses Anzeichen, daß sich seit November schwere Verhältnisse in der Geschäftsführung nicht ergeben haben. Wir dürfen Ihnen daher mit gutem Gewissen die Wiederwahl des Herrn Dr. Caspari empfehlen.

Dörr (Komm.): Wir freuen uns der Ablehnung des bürgerlichen Vorschlages durch die Rechtssozialisten. Mit Unrecht hat sich im November die bürgerliche Presse auf unsere Einwände gegen die Person Krügers berufen. Da jetzt ein Vertreter des Bürgeriums gegen

einen Vertreter der Arbeiterpartei

steht, werden wir für den letzteren stimmen.

Büdicke (Dnl.) verwirft, wie im November, den Gedanken des Zwölmännerstems und erklärt sich für Caspari.

Dr. Wegl (U. Soz.): Auch wir empfehlen Genußung darüber, daß die Sozialdemokraten auf das Ansuchen der Bürgerlichen nicht eingegangen sind. Das vor zwei Jahren gemachte Experiment ist damals gescheitert, es kann auch mißglücken. Es wird daher auf die Persönlichkeiten viel ankommen, aber auch aus inneren Gründen empfiehlt es sich nicht, wenn da oben ein Vertreter des Sozialismus mit einem Vertreter der Deutschen Volkspartei zusammensteht, es kommt dann eine Rißgeburts heraus, die wir nicht gut heißen können. (Heiterkeit.) Bei dem Kampf

„Die Bürgerium, die Arbeiterklasse“

(Echthafter Widerspruch und große Unruhe rechts) werden unsere Forderungen bei der Sozialdemokratie wehen! In dieser Frage gibt es, wie ich hoffen will, eine einzige Sozialdemokratie. Wir bekämpfen nicht Personen, sondern das System! Zu diesem System, dessen Träger die Deutsche Volkspartei ist, haben wir kein Vertrauen.

Hierauf wird der Namensaufruf vollzogen und die Abgabe der Stimmzettel erfolgt.

Während der Ermittlung des Wahlergebnisses fährt die noch gar nicht konstituierte Versammlung in der Tagesordnung fort und beschließt zur Neuwahl der ständigen Ausschüsse, daß diese künftig aus 17 (statt 15) Mitgliedern bestehen sollen. Der Beschluß kommt mit 103 gegen 107 Stimmen zustande.

Wegen der Forderung des Magistrats, daß die zentralen Deputationen nach dem Gesetz Groß-Berlin auf vier Jahre gewählt sind und daher jetzt keine Neuwahl zu erfolgen braucht, wird von kommunistischer Seite Widerspruch erhoben. Ein Antrag Wegler (Dem.) fordert, auch die Zahl der Mitglieder der zentralen Verwaltungsdeputationen von 16 auf 17 zu erhöhen. Gegen den Antrag der Demokraten, eine besondere Verwaltungsdeputation für die Hoch- und Fortbildungsschulen einzusetzen, treten nach der

„Das, was sie den Instinkt — Instinkt nennen.“

Frau Hjarmar sah ihn verständnislos an. Aber dann verstand sie ihn plötzlich und beugte sich unwillkürlich vor.

„Und dann müssen Sie trinken?“ flüsterte sie.

Kasper antwortete nicht gleich. Während er da stand und vor sich hin starrte, begann er am ganzen Körper zu zittern.

Das Mienenpiel wurde so stark, daß sein Gesicht sich ganz verzog; die Augen wurden dunkel, tief und wie mit Blut unterlaufen. Der Mund öffnete sich unter dem zitternden Schnurrbart, und die blauroten Lippen zogen sich zusammen, als sauge er mit voller Kraft etwas ein. Er hob die bebenden Hände, als führe er ein volles Gefäß an den Mund, wandte sich plötzlich ganz zu Frau Hjarmar um und flüsterte innig, hilflos und heiser, als bäte er um sein Leben:

„Ein Weidstüd, Madam — ein Weidstüd für einen Schnaps.“

Stine, die an der Tür stehengeblieben war, von wo sie alles gehört und gesehen hatte, ging jetzt auf ihn zu.

„So, Kasper,“ sagte sie und packte ihn derb am Arm, „jetzt ist's Zeit, daß er sich hinauscher!“

Fräulein Sindal konnte ihre Augen nicht von dem hilflos bittenden Gesicht mit den tausend Fältchen losreißen. Sie griff in die Tasche nach ihrem Portemonnaie und sagte halblaut zu Frau Hjarmar:

„Darf ich dem Vermersten nicht einige Pfennige geben — es ist ja seine einzige Freude!“

Kasper, der ihre Worte gehört hatte, richtete seine braunen, verschüchternen Augen auf sie und sagte mit einer seltsam belegten Stimme:

„Es ist keine Freude, Fräuleinchen — es ist der unerbittliche Wille des Schicksals!“

Frau Hjarmar aber schüttelte den Kopf.

„Gehen Sie jetzt mit Stine hinaus, Kasper!“ sagte sie und fügte hinzu, indem sie sich zum Mädchen wandte: „Und geben Sie ihm einen Schnaps, aber nur einen.“

Kaspers Augen flammten plötzlich auf.

„Schönen, allerhöchsten Dank!“ sagte er, stieß den Stod auf die Erde, fuchelte in unverschämter Freude mit den Armen durch die Luft und sang mit seiner wunderlichen Stimme:

„So sprengt der Komade übers grüne Feld, und der Him — mel leuchtet darüber!“

Indem er sich zum Gehen wandte, sagte Frau Hjarmar:

„Kommen Sie morgen wieder, Kasper, wenn mein Mann

durch Merken gegebenen Begründung Stadtschulrat Paulsen, Dr. Löwenstein (U. Soz.) und Frau Kiedger (Soz.) in die Schranken.

Das nunmehr verkündete Wahlergebnis ist dieses: Caspari 110, Krüger 103, Kunze 2; unbeschrieben 2 Zettel.

Dr. Caspari ist zum Vorsteher gewählt

und nimmt die Wiederwahl an.

Zu Stellvertretern werden Fabian, Renner und Schwarz vorgeschlagen. Bei der Wahl des ersten Stellvertreters werden, da sich die drei Ansparteien nicht beteiligen, nur 106 Zettel abgegeben, womit die Versammlung um 7 Uhr beschlußunfähig wird.

Okkultistische Geschäftemacher.

Ein Cyser mystischen Umfangs.

Das Treiben der okkultistischen und spiritistischen Kreise hat sich in Berlin in der letzten Zeit zu einem Umfang ärgster Art entwickelt. Wie stets in derartigen Perioden, wo die sogenannte „Ueberfruchtbarkeit“ geistig schwach fundierte Massen zu sich heranzieht, sind auch jetzt wieder die geschäftstüchtigen Leute aufgetaucht, die unter der Maske religiös-spiritistischer oder okkultistischer Bestrebungen lediglich private Interessen verfolgen. Daß die mystischen Bestrebungen aber auch einen sehr bedeutlichen Hintergrund haben können, beweist ein Fall, der, wie erst jetzt bekannt wird, sich in den Weihnachtsfesttagen in Wilmersdorf ereignet hat und der hoffentlich den Polizeibehörden Anlaß geben wird, schleunigst den ganzen okkulten Rummel einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Es handelt sich um den Selbstmord einer 33 Jahre alten Hedwig Müller-Höhling, die bei der Familie des Hausbesizers Daber in der Pfalzburger Str. 14 wohnt, und dem folgende Vorgeschichte zugrunde liegt. Frä. Müller-Höhling, die in dem Kaufhaus Gerson angestellt war, wurde durch eine Freundin zu Beginn des vorigen Jahres in okkultistische Kreise eingeführt, wo sie wiederholt Vorträge anhörte. Sie erzählte, daß sie als lebenslängliches Mitglied der „Okkultistischen Volkshochschule“ beigetreten sei, daß sie „ihre Jugend abgeschlossen“ habe und nun in dem „Oben“ ihren Lebensabend verbringen wolle. Biermal in der Woche besuchte sie die „Okkultistische Volkshochschule“ und verkehrte daneben auch im Hause des Präsidenten derer Hochschule, Friedrich Weber-Robine. Herr Weber, der nach seinen eigenen Angaben über zwei Duzend Gesellschaften verschiedenster Art begründet hat, gründete nach der Revolution eine okkultistische Loge, als deren Präsidenten er sich bezeichnete und ernannte dann die „Okkultistische Volkshochschule“. Am Heiligabend sollte Frä. Müller bei Weber-Robine Weihnachten feiern. Schon vorher sprach sie davon, daß dies der schönste Abend ihres Lebens werden würde. Spät in der Nacht kehrte sie von dieser Feier in einer sehr vergnügten Stimmung zurück.

Gegen Mittag des anderen Tages er'chien nun in der Wohnung plötzlich Herr Weber-Robine in Begleitung eines anderen Mitgliedes des Ordens, einer Frau Bekershof. Beide fragten nach Frä. Müller-Höhling und als Frau Daber antwortete, sie schlofe noch, erklärte Weber-Robine: „Sie wird wohl nicht mehr leben!“ Auf höchste erschreckt eilte Frau Daber zum Zimmer des Frä. Müller, dessen Tür aber verschlossen war. Ein Schlosser wurde geholt und die Tür mit Gewalt geöffnet. Beim Eintritt in das Zimmer fand man Frä. Müller-Höhling in einem roten Strickkleide bewußtlos, aber noch lebend im Bette liegend. Das Zimmer war mit roten Rosen, Malakodchen und Lannenzweigen geschmückt. Auf dem Tisch stand ein Kasten, der die Wertpapiere Frä. Müllers enthielt und auf dem sich ein offener Brief befand, in dem

Weber-Robine als Testamentsvollstrecker und Universalerbe

bezeichnet wurde. Ein sofort herbeigeholter Arzt veranlaßte die sofortige Ueberführung der Selbstmörderin in ein nahe gelegenes Krankenhaus, wo sie erst drei Tage später, am Abend des dritten Weihnachtsfesttages starb. Als Todesursache wurde eine eitrige Lungenentzündung festgestellt, hervorgerufen durch Einnehmen von Beralon und Morphium, das zum Teil in die Luftröhre gedrungen war. Auffallenderweise hatte Frä. Müller in einem hinterlassenen Brief der Frau Daber mitgeteilt, daß sie sich mit Beralon und Morphium vergifte, das sie von ihren letzten Krankheitsen her sich aufgepart habe. Dem gegenüber konnte einmündig festgestellt werden, daß Frä. M. seit Jahr und Tag an keiner Krankheit gelitten hatte, daß sie also das Gift auf andere Weise sich beschafft haben muß. Am Morgen nach dem Tode der

zu Hause ist, dann wollen wir sehen, ob wir Ihnen etwas Arbeit im Garten verschaffen können.“

Kasper zögerte verlegen.

„Das kann ich nicht — schönsten Dank!“

„Weshalb nicht?“

Jetzt konnte er die bebende Erwartung dessen, was kommen mußte und sollte, nicht länger zurückhalten.

„Denn morgen bin ich befoffen!“ Und indem er endlich dem Jubel freien Lauf ließ, schwang er wieder den Stod über seinem Kopf. „Hu — i — ih“ pfiß er. „Ich wer' nie wieder nüchtern!“

Frau Hjarmar war bleich geworden und sah ihn mit großen Augen an. Dann faßte sie das Mädchen am Arm und sagte streng:

„Einen Schnaps, Stine — und kein Geld, hören Sie!“

Kasper aber verzog sein runzliges Gesicht zu einem pfliffigen Lächeln und sang triumphierend mit seiner belegten Stimme:

„Er findet den Schnaps, es wird ihm schon glücken; — denn das Land ist voll von Silberstücken!“

Dann zog er den Mantel mit seiner linken Hand fester um sich und schwang den Stod hoch über seinem Kopf, bis die Tür sich hinter ihm und Stine geschlossen hatte.

4.

Fräulein Sindal strich die aschblonde Locke aus der Stirn.

„Der arme, unglückliche Mensch!“ sagte sie.

„Glauben Sie, daß er mit uns tauschen möchte?“ sagte Frau Hjarmar und starrte gedankenvoll vor sich hin.

„Ja, das glaube ich sicher. Wir haben doch, was wir brauchen.“

Frau Hjarmar schritt über den Teppich, die Handflächen gegen die Rundung der Hüften gepreßt, wie es ihre Gewohnheit war.

„Jetzt reitet er auf seinem Mondscheinpferd von Tür zu Tür,“ sagte sie, „bis einer sich seiner erbarmt und ihm ein blankes Weidstüd gibt. Dann kauft er sich in der Winkelstraße eine Flasche Branntwein, und dann — tief in den Wald hinein! — bis er einen Abhang erreicht, wo die Bäume über seinem Kopf flüstern, während der Schnaps ihm ein anderes Leben gibt, wobei er sein Geld vergißt und sich die Liebe erzwingt, um die er betrogen wurde.“

(Fortsetzung folgt.)

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

Im selben Augenblick hob er seinen schweren Stod und schwang ihn in rasendem Tempo über seinem Kopf, wie ein Araber im Galopp dahinsprengend die funkelnde Büchse hoch über seinem Haupte schwingt —

„Hu — i — ih!“ pfiß er, so daß alle seine braunen Jahnstummeln in dem weitausgerissenen Mund sichtbar wurden.

Fräulein Sindal, die ihn noch nie so gesehen hatte, fuhr erschreckt zurück.

Im nächsten Augenblick war er wieder ganz ruhig, wandte sich zu ihr und erklärte:

„Fürchten Sie sich man nicht, Fräuleinchen! — So pfeilen wir Komaden die Büchse zu schwingen, wenn wir über die Erde springen, die unser eigen ist. Aber sie ist nicht geladen.“

Dann wandte er sich zu Frau Hjarmar, und sein Gesicht nahm wieder den gutmütig verschüchternen Ausdruck an, während die braunen Augen sie ängstlich stehend anblitzten.

„Ich wollte Madam um etwas Geld bitten!“ sagte er und streckte ihr die Hand mit der Mütze entgegen.

„Rein, Kasper!“ Frau Hjarmar schüttelte entschieden den Kopf. „Etwas zu essen können Sie bekommen, aber kein Geld.“

„Nur so'n kleines, blankes, rundes Ding?“

Kasper zog die Brauen zusammen, während seine braunen Augen sich so klein und demütig machten wie die eines weidenden Hundes.

„Sie vertrinken es ja nur!“

Sein Gesicht kam von neuem in Bewegung, und alle Furchen zitterten.

„Das kann wohl sein.“

„Ihre Hände zittern ja schon.“

„Das kommt, weil ich so lange nüchtern gewesen bin!“ Kurz darauf fügte er hinzu, während seine Stimme feierlich wurde:

„Aber jetzt ist Vollmond!“

„Run, und was dann?“ Frau Hjarmar beobachtete interessiert das unablässig zitternde Mienenpiel in seinem falkenreichen Gesicht.

„Dann pfeilt es sich zu meidem!“

„Was denn?“

Selbstmörderin erlösch Herr Weber-Kobine wieder in der Wohnung und zwar in Begleitung der Frau Webersdorf, sowie einer Sekretärin der Oskustischen Hochschule. Er befiel sich darauf, daß er als Testamentvollstrecker und Universalerbe eingesetzt sei und begann nun mit einer Bestandsaufnahme des Nachlasses. Von der Bestandsaufnahme, die außerordentlich gründlich vorgenommen wurde, da, wie der Herr Professor erklärte, die Liebe Verstorbenen das "was versteckt haben könnte", begaben sich die drei Oskustisten zu einer Freundin Frau Müller, bei der diese eine Wohnungseinrichtung untergebracht hatte. Diese Einrichtung wurde von dem Professor ebenfalls sichergestellt und am nächsten Tage zusammen mit dem übrigen Eigentum des Herrn Müller-Höhling von ihm per Wagen abgeholt.

Auf jeden Fall erscheint es notwendig, daß in den Sumpf dieser oskustischen Geschäftemacher sofort hineingeleuchtet wird, bevor sie weitere widerstandslose Opfer in den mystischen Unsinn verstricken können.

Der Fall Morvilius.

Die Familie des Direktors Morvilius ist bekanntlich umfangreicher Bodendiebstahls überführt, und der Mann selbst, Abteilungsleiter der Reichstreuhandgesellschaft, soll Kriminalist, Hehler und außerdem vor Jahren Zuhälter seiner eigenen Frau gewesen sein. Umgekehrt ist schon vor langer Frist darüber eine Anzeige an das Amt erstattet worden, aber in unerklärlicher Weise verschwunden. Der Fall bedarf dringend der Aufklärung. Insbesondere müssen die Behörden feststellen, weshalb die erste Anzeige ohne Wirkung bleiben konnte. Aber die Angriffe der Rechtspresse, die aus diesem Anlaß erhoben werden, sind ganz sinnlos.

Am Todestage des Hauptmanns von Köpenick sollte die Rechtspresse lieber nicht die Behauptung wagen, daß nur heutzutage sich falsche Beamte einschleichen könnten. Morvilius scheint eine Doppeltatigkeit geführt und in seinem Amt wirklich einwandfrei gearbeitet zu haben. Es bedarf stets eines zufälligen Anlasses, eine derartige Existenz einwandfrei zu enthüllen und vor den Richter zu stellen.

Schneestürme in den Bergen.

Lawinenschrecken im Innsbrucker Gebiet.

Aus ganz Baden und Württemberg werden seit gestern Nacht heftige Schneestürme gemeldet. In der Rhein-ebene liegt der Schnee mehrere Zentimeter hoch, im Schwarzwald ist die Schneedecke in den höheren Lagen bis auf dreihundert Meter angestiegen. Die Temperatur ist sofort auf 10 Grad unter Null gesunken. Im Hochschwarzwald mußte infolge des massigen Schneefalles der Bahnschlitten in Tätigkeit treten, um den Verkehr von Dorf zu Dorf aufrechtzuerhalten. Ueberall hat registrierter Winterpostverkehr eingeleitet.

In Bättental bei Innsbruck verunglückte eine aus fünf Personen bestehende Münchener Gesellschaft durch eine Lawine. Zwei der Verunglückten konnten sich herausarbeiten. Sie stellten sofort Versuche zur Rettung ihrer Kameraden an und es gelang ihnen, einen der Verschütteten tot zu bergen. Von den anderen zwei fehlt jede Spur. Die Rettungsstelle Innsbruck hat eine Rettungsexpedition abgehen lassen. Es besteht aber wenig Hoffnung, die zwei unter der Lawine Vergrabenen noch lebend zu bergen.

Aus Gerolstein werden von der Hochifel und der Schneefel große Schneefälle gemeldet. Eine ganze Anzahl Ortschaften ist völlig eingeschneit und von jedem Verkehr abgeschnitten.

Schweres Unwetter an der Nordseeküste.

Einer Meldung aus Cuxhaven zufolge hält das schon tagelang herrschende Unwetter weiter an, beginnt aber mehr einen winterlichen Charakter anzunehmen, denn an die Stelle von Regenschauern sind Hagel- und Schneehöhen getreten. Der ausländische Schiffsverkehr stockt nach wie vor. Nur an der Abmündung hat sich eine Flottille seewärts bestimmter Dampfer angeammelt. Im Fischereihafen liegt die ganze Cuxhavener Fischdampferflotte bis auf zwei Dampfer wegen Kohlenmangel still.

Die Berliner Gerichte überlastet.

Als eins der traurigsten Zeichen der Zeit kann die Tatsache angesehen werden, daß die Schwurgerichtssäle in dem Moskauer Kriminalgericht nicht mehr ausreichen, um die schon unheimliche Fülle der zur Aburteilung stehenden schweren Verbrechen zu bewältigen.

Das Landgericht I, das besonders mit Schwurgerichtssachen überlastet ist, ist sogar gezwungen, zwei Tagungen zu gleicher Zeit stattfinden zu lassen. In denen u. a. mehrere Vorprozesse zur Verhandlung kommen werden. Den Vorsitz in diesen Schwurgerichten führen Landgerichtsdirektor Rehn und Kammergerichtsrat Behn-Jürgen. Am kommenden Montag beginnt auch bei dem Landgericht II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Walter ein Schwurgericht, ebenso bei dem Landgericht III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siegert. Bei allen vier Schwurgerichten, die zu gleicher Zeit tagen, werden eine ganze Reihe von Kapitalverbrechen zur Verhandlung kommen. Ob sich darunter auch der Prozeß gegen den Frauenmörder Großmann befindet, erscheint sehr fraglich, da die Ermittlungen in dieser Sache noch nicht abgeschlossen werden können, weil sich immer neues Material herausstellt. — Da sofort nach Schluß dieser Schwurgerichtstagungen weitere Perioden angelehrt werden müssen, stellen sich schon jetzt erhebliche Schwierigkeiten bei der Bewältigung der notwendigen Geschworenen heraus, die sich bei der augenblicklich herrschenden Grippeepidemie sich noch verschärfen, da verschiedene Krankheitsfälle eingegangen sind.

Gegen die übermächtige Lichtreflexe. Trotz der Kohlennot und der immer noch geltenden Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1916, betriebl. die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln, haben die Lichtreflexen, besonders in den letzten Wochen, wieder einen derartigen Umfang angenommen, daß sich das Polizeipräsidium zu energischem Einschreiten gezwungen sieht. Verstöße werden besonders vom Potsdamer Platz, aus der Friedrichstraße und ihren Querstraßen, vom Kurfürstendamm, aus der Chausseestraße und vom Wedding gemeldet. Die Beamten der Schuppel sind angewiesen worden, gegen die verbotswidrige Lichtreflexe mit allen gesetzlichen Mitteln einzuschreiten und Zuwiderhandlungen zur Bestrafung zu bringen.

Von der Mutter verlassen. Vor einigen Tagen hat eine etwa 1,30 Meter große unbekante weibliche Person mit dunklem Haar, die u. a. mit schwarzem Hut und Mantel bekleidet war, in einem Stuhl in der Schopenhauer Allee einen zirkel 8 Monate alten, kräftig entwickelten und gut genährten Knaben mit hellem, freundlichem Gesicht, dunkelbraunen Augen und dünnem hellen Haar ausgelesen. Der Knabe war bekleidet mit rottem Hängesäckchen mit schwarzen Punkten, ungeschmückter weißer Wäsche und braunen Strümpfen. Als Kopfbedeckung trug der Knabe einen gerundeten Hutel aus weißer Wolle mit hellblauen breiten Bändern oben und unten mit hellblauer Troddel. Personen, die irgendwelche Angabe über die Mutter machen können, werden gebeten, sich auf dem Polizeiamt Prenzlauer Tor, Helldorfer Straße 6, oder auf irgendeinem Polizeirevier zu melden.

Genosse Paul Müller feiert heute in körperlicher und geistiger Frische seinen 60. Geburtstag. Genosse Müller, einer der ersten Kämpfer des Konsumgenossenschaftsgedankens in Berlin, ist seit dem Jahre 1906 ununterbrochen in der Hauptexpedition des "Vorwärts" tätig.

Ausschneiden!

Die neuen Postgebühren

ab 1. Januar 1922.

Ausschneiden!

Die täglichen an die Redaktion des "Vorwärts" gerichteten Anfragen über die Höhe der einzelnen Postgebühren veranlassen uns, im folgenden noch einmal eine authentische Zusammenstellung zu veröffentlichen:

Innere deutsche Verkehre (einschl. Saargebiet)		
Briefe im Ortsverkehr bis 20 g	M. 1,25	
im Ortsverkehr über 20 bis 250 g	2,-	
Fernverkehr bis 20 g	2,-	
über 20 bis 100 g	3,-	
100 250 g	4,-	
Postkarten im Ortsverkehr	M. 0,75	
Fernverkehr	1,25	
Für den von Behörden abgeforderten dienstlichen		
Kostenbrief über 250 bis 500 g	M. 5,-	
Druckartenarten	M. 0,40	
(bis zur Größe der amtlichen Postkarten zulässig; darf nur gedruckt oder mechanisch verstellbarsten Text oder solche Abbildungen enthalten)		
Drucksachen bis 50 g	M. 0,50	
über 50 bis 100 g	1,-	
100 250 g	2,-	
250 500 g	3,-	
500 g bis 1 kg	4,-	
Anfischkarten	M. 0,40	
(auf deren Vorderseite dürfen lediglich Größe od. ähnl. Höchstmaßangaben mit höchst 3 Worten niedergeschrieben werden)		
Blindenchriftsendungen je 500 g (Reisgewicht 3 kg)	M. 0,10	
Geschäftspapiere bis 250 g	M. 2,-	
über 250 bis 500 g	3,-	
500 g bis 1 kg	4,-	
Warenproben bis 250 g	M. 2,-	
über 250 bis 500 g	3,-	
Wischsendungen bis 250 g	M. 2,-	
über 250 bis 500 g	3,-	
500 g bis 1 kg	4,-	
(zusammengesetzte Drucksachenarten, Brief, Geschäftsmappe u. Warenproben)		
Päckchen bis 1 kg (nicht nach Saargebiet)	M. 4,-	
Postauftragsbriefe wie für einen Einheitsbrief nebst einer Vorzeiggebühr von		
Wertbriefe	M. 1,50	
im Ortsverkehr bis 20 g	M. 3,25	
über 20 bis 250 g	4,-	
Fernverkehr bis 20 g	4,-	
über 20 bis 100 g	5,-	
100 250 g	6,-	
dazu eine Versicherungsgeldgebühr von	1,50	
für je 1000 M. Wertangabe, mindest.	3,-	
Postanweisungen bis 100 M.	M. 2,-	
über 100 bis 250 M.	3,-	
250 500	4,-	
500 1000	5,-	
1000 1500	6,-	
1500 2000	7,-	
Pakete (Reisgewicht 20 kg)		
	Rabatte	Fernrabatte
	bis 70 km	über 70 km
bis 5 kg	M. 6	M. 9
über 5 bis 10 kg	12	18
10 15 kg	20	30
15 20 kg	30	40
Reisungspakete bis 5 kg	3	
Für dringende Pakete bis dreifache Paketzahl; für sonstige Pakete ein Zuschlag von 100 Proz. bei dringenden Paketen kein Sperrzuschlag.		
Wertpakete		
1. Paketgebühr wie vorstehend		
2. Einschreibgebühr von	M. 2,-	
3. Eine Versicherungsgeldgebühr von für je 1000 M. Wertangabe	3,-	
mindestens	8,-	
Eilbestellung bei Vorauszahlung		
1. nach dem Ortsbestellbezirk:		
a) eine Vorkostenzahlung	M. 3,-	
b) ein Paket	6,-	
2. nach dem Landesbestellbezirk:		
a) eine Vorkostenzahlung	9,-	
b) ein Paket	12,-	

Einschreibgebühr	M. 2,-
Gebühr für das Vorzeigen von Nachnahmeseudungen	1,50
Ausfertigungsgebühr für d. Ueberweisungstelegramm bei telegr. Postanweisungen	1,50
Zustellungsgebühr für Briefe mit Zustellungsurlaube	1,50
Rücksendungsgebühr	1,50
falls Rücksendung nachträgl. verlangt	3,-
Einlieferungsgebühr für außerhalb der Schalterstunden eingeleitete Einschreibsendungen usw.	3,-
Zuschlagsgebühr f. jede postlagernde Sendung	0,50
Lagergebühr für jedes ohne Verschulden der Post lagernde Paket, für den Tag	0,75
Gebühr f. Unbestätbarkeitsmeldung	3,-
Gebühr f. Erlass eines Kaufschreibens	3,-
Gebühr für Bestellschreiben wegen Nachlieferung von Zeitungen	1,50
Zuschlagsgebühr für Flugpostsendungen	
Neben der gewöhnlichen Gebühr zu entrichten:	
für Postkarten, Druckartenarten u. als Druckarten zugelassene Anfischkarten	
für Briefe bis 20 g	M. 0,20
über 20 bis 50 g	0,30
50 100 g	0,80
100 250 g	1,60
250 500 g	2,40
für Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben, Wischsendungen bis 50 g	0,80
über 50 100 g	1,60
100 250 g	2,40
250 500 g	4,80
für Drucksachen, Geschäftspapiere u. Wischsendungen über 500 g bis 1 kg	0,60
für Päckchen	0,60
für dringende Pakete, die in keiner Ausdehnung 60 cm überschreiten dürfen, für jedes angefangene kg	10,-
Postschekerverkehr	
Schekarten bis 100 M. einschl.	M. 0,75
über 100 bis 500 M. einschl.	1,50
500 1000	3,-
1000 2000	4,-
2000 5000	5,-
5000 M.	6,-
Jede Auszahlung eine Gebühr von 1/2 vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrags, für jede Vorauszahlung außerdem eine feste Gebühr von 75 Pf.	
Ueberweisungen innerhalb des Deutschen Reichs	
	nichts
Telegraphengebühren	
Gewöhnliche Telegramme	
Wortgebühr	M. 1,-
mindestens	10,-
Dringende Telegramme das Dreifache der Gebühr für gewöhnl. Telegramme	
Verkehr mit dem Ausland	
A) Freie Stadt Danzig, Eupenburg, Memelgebiet, Ostpreußen, Westpreußen (die an Polen abgetretenen deutschen Gebiete)	
Briefe bis 20 g	M. 2,-
über 20 bis 100 g	3,-
100 250 g	4,-
Postkarten, einfache	1,25
mit Antwortkarte	2,50
Druckartenarten	M. 0,40
Drucksachen bis 50 g	M. 0,50
über 50 bis 100 g	1,-
100 250 g	2,-
250 500 g	3,-
500 g bis 1 kg	4,-

Anfischkarten	M. 0,40
(siehe Innere deutsche Verkehre)	
Blindenchriftsendungen für je 500 g (Reisgewicht 3 kg)	M. 0,10
Geschäftspapiere bis 250 g	M. 2,-
über 250 bis 500 g	3,-
500 g bis 1 kg	4,-
Warenproben bis 250 g	M. 2,-
über 250 bis 500 g	3,-
Wischsendungen bis 250 g	M. 2,-
über 250 bis 500 g	3,-
500 g bis 1 kg	4,-
(zusammengesetzte Drucksachenarten, Brief, Geschäftsmappe, und Warenproben)	
Päckchen (nur nach Freie Stadt Danzig, Memelgebiet und Westpreußen) bis 1 kg	M. 4,-
B) Hebriges Ausland (nach Tschechoslowakei, Ungarn)	
Briefe bis 20 g	M. 4,-
jede weitere 20 g	2,-
(Reisgewicht 3 kg)	
jede weitere 20 g	2,-
jede weitere 20 g	2,-
Grenzübergang (50 km) mit Belgien, Dänemark, Niederlande, Schweiz, bis 20 g	2,-
jede weitere 20 g	1,-
Postkarten einfache	2,10
mit Antwortkarte	4,50
Grenzübergang (30 km) mit Belgien, Dänemark, Niederlande, Schweiz, einfache	1,25
mit Antwortkarte	2,50
jede weitere 20 g	1,80
jede weitere 20 g	2,40
jede weitere 20 g	4,80
für Drucksachen, Geschäftspapiere u. Wischsendungen über 500 g bis 1 kg	0,60
für Päckchen	0,60
für dringende Pakete, die in keiner Ausdehnung 60 cm überschreiten dürfen, für jedes angefangene kg	10,-
Postschekerverkehr	
Schekarten bis 100 M. einschl.	M. 0,75
über 100 bis 500 M. einschl.	1,50
500 1000	3,-
1000 2000	4,-
2000 5000	5,-
5000 M.	6,-
Jede Auszahlung eine Gebühr von 1/2 vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrags, für jede Vorauszahlung außerdem eine feste Gebühr von 75 Pf.	
Ueberweisungen innerhalb des Deutschen Reichs	
	nichts
Telegraphengebühren	
Gewöhnliche Telegramme	
Wortgebühr	M. 1,-
mindestens	10,-
Dringende Telegramme das Dreifache der Gebühr für gewöhnl. Telegramme	
Verkehr mit dem Ausland	
A) Freie Stadt Danzig, Eupenburg, Memelgebiet, Ostpreußen, Westpreußen (die an Polen abgetretenen deutschen Gebiete)	
Briefe bis 20 g	M. 2,-
über 20 bis 100 g	3,-
100 250 g	4,-
Postkarten, einfache	1,25
mit Antwortkarte	2,50
Druckartenarten	M. 0,40
Drucksachen bis 50 g	M. 0,50
über 50 bis 100 g	1,-
100 250 g	2,-
250 500 g	3,-
500 g bis 1 kg	4,-

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 6. Januar:

Socialistische Eltern, deren Kinder die 24. und 25. Gemeindefschule, Waldenferstraße 20, besuchen, abends 7 Uhr, wichtige Elternversammlung in der heutigen Aula. Gehörlosen in Pflicht.

Morgen, Sonnabend, den 7. Januar:

5. Kreis, Wedding, 6 Uhr bei Berlin, Panfilstr. 60, Sitzung des Kreisvorstandes mit den Abteilungsleitungen.

17. Abt. 6 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Ullricher, Teichstr. 43.

18. Abt. 7 Uhr Konferenz der Bezirksleiter und Betriebsvertrauensleute bei Meißel, Christianstr. 113.

23. Abt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksleiter, Betriebsvertrauensleute und Elternbeiräte bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

24. Abt. 7 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

44. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

Charitätenkurs, 22. Abt. 8 Uhr Funktionärskonferenz bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

118. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

121. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

Gruppe Berlin, Gruppenversammlung fällt aus. Genosse Dr. Rothmann spricht am 14. Januar, abends 7 Uhr.

8. Kreis, Köpenick, 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

12. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

123. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

124. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

125. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

126. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

127. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

128. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

129. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

130. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

131. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

132. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

133. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

134. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

135. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

136. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

137. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

138. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

139. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

140. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43, Ullricher, Teichstr. 43.

Sport.

Radrennen im Sportplatz. Am Freikampft Dewanow-Kaufmann (Schwarz) ging der Schweizer Meisterfahrer in allen drei Runden als Sieger hervor. Ein Malachar gewann Radelbacher vor Schäfer, Krahmer, Kofek und in einem Etappenfahren nach Wunschleistung blieb Max Lieb mit 17 Punkten Sieger vor Bauer 17, Otto Lietz 1, Kopf 13, Koffmann 11 und Ewald 11 Punkte. Das nächste Rennen, ein 25-Zunder-Rennen, beginnt am Sonnabend, den 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr und endet am Sonntag, den 8. Januar, abends 10 Uhr.

Arbeitersport.

Aufruf zur Bildung neuer Bezirkskartelle.

Alle Vereine, Regate, Gruppen, Abteilungen usw. der Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen, die dem Reichs-Verband für Sport- und Körperpflege angeschlossen sind, werden am kommenden Sonntag, den 8. Januar, 7 Uhr, in die hier bekannt gemachten Lokale zu einem Besonderen zu dieser ersten Zusammenkunft am besten den Vorstehenden. Es sollen die noch lebenden 6 Groß-Berliner Bezirkskartelle gebildet werden. I. Bezirk, "Rita", Schulhaus Kamenitzstr. 11, Bezirk "Aerger", Palast Schula, Ullricher Str. 32, III. Bezirk "Wedding", Palast Schula, Ullricher Str. 32, IV. Bezirk "Prenzlauer Tor", Palast Schula, Ullricher Str. 32, V. Bezirk "Friedrichshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, VI. Bezirk "Dankes Tor", Schulhaus Kamenitzstr. 11, VII. Bezirk "Luisenpark", Palast Schula, Ullricher Str. 32, VIII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, IX. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, X. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XI. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XIII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XIV. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XV. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XVI. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XVII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XVIII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XIX. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XX. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXI. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXIII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXIV. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXV. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXVI. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXVII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXVIII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXIX. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXX. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXXI. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXXII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXXIII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXXIV. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXXV. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXXVI. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXXVII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXXVIII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XXXIX. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XL. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XLI. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XLII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XLIII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XLIV. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XLV. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XLVI. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XLVII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XLVIII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, XLIX. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, L. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, LI. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, LII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, LIII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, LIV. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, LV. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, LVI. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, LVII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, LVIII. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, LVIX. Bezirk "Karlshagen", Palast Schula, Ullricher Str. 32, LX.

Löhne und Gehälter des Reichs.

Die gestrigen Verhandlungen.

Im Reichsfinanzministerium traten gestern abend um 5 Uhr die Vertreter der Reichsregierung und der Spitzenorganisationen zu den lange erwarteten Verhandlungen über die neue Feuerungsaktion für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs zusammen. In den Beratungen nahmen Vertreter aller Reichsressorts, des preussischen Finanzministeriums und Mitglieder des 23. Ausschusses des Reichstags teil.

Unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors v. Schlieben vom Reichsfinanzministerium wurde eine allgemeine eingehende Aussprache gehalten. Es herrscht auf allen Seiten das Bestreben, die Verhandlungen so rasch zu führen, daß dem Reichstag bei seinem Zusammenritt am 19. Januar eine Vorlage zugehen kann. Anfang nächster Woche werden die Verhandlungen fortgesetzt und dabei zunächst mit der Einzelberatung der Arbeiterfragen begonnen werden, nachdem inzwischen die Reichsregierung mit den Finanzministern der Länder sich ausgesprochen haben wird. Im unmittelbaren Anschluß an die Arbeiterfragen sollen die Beamten- und Angestelltenfragen behandelt werden.

Das Arbeitszeitgesetz.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats nahm in seiner Sitzung den Bericht über das Arbeitszeitgesetz entgegen. Der Berichterstatter der Arbeitnehmer bezeichnete den Gesetzentwurf als ungeeignet.

Die Grundlage für eine allgemeine Regelung der Arbeitszeit zu bilden, wie sie von Arbeitnehmerseite schon lange gefordert werde. Der Arbeitsausschuß des sozialpolitischen Ausschusses habe sich daher entschlossen,

die Beratungen abzubrechen

und eine grundsätzliche Entscheidung des Plenums des sozialpolitischen Ausschusses über die weitere Verhandlung des Entwurfes herbeizuführen. Der Berichterstatter der Arbeitgeber erklärte die Bereitschaft seiner Abteilung, weiter an dem Entwurf mitzuarbeiten. Er halte diese Weiterarbeit aber nur für fruchtbar, wenn der Unterausschuß bestimmte Richtlinien für seine Beratungen empfinde, und zwar hinsichtlich der Nichtbeziehung der im Gesetz schon angeordneten Kategorien. Unter dieser Voraussetzung beantragte er Zurückverweisung des Gesetzentwurfes an den Unterausschuß.

Es entwickelte sich eine sehr lebhafte Debatte über die Erledigung des Entwurfes. Die Regierung wies auf die Dringlichkeit hin und bat um

baldigen Abschluß der Beratungen.

Die Arbeitgeber wollten nach wie vor die Beratung des Gesetzes nicht auf die bereits in § 4 bezeichneten Arbeitnehmerkategorien erstrecken lassen, während

die Arbeitnehmer auf der allgemeinen Regelung

bestanden. Zur Annahme gelangte schließlich mit 15 gegen 13 Stimmen folgender Antrag von Arbeitgeberseite:

„Der sozialpolitische Ausschuss beschließt, daß der Unterausschuß, das von der Regierung vorgelegte Gesetz weiter berät, aber in den Kreis seiner Beratungen die Erweiterung des Gesetzes auf die ausgeschlossenen Kategorien der Arbeitnehmer nicht aufnimmt. Der sozialpolitische Ausschuss hält es aber für erforderlich, daß die Regierung möglichst bald Gesetzentwürfe für die in das Gesetz nicht eingeschlossenen Kategorien vorlegt, insbesondere für gewerbliche Angestellte.“

Abgelehnt wurde ein Antrag, der weitere Sachverständigenvernehmungen und interimsistische Einbringung eines Vorgesetzes zur Verlängerung der Gesetzeskraft der zurzeit geltenden Verordnung forderte, sowie ein anderer, der den vorliegenden Entwurf als ungeeignet bezeichnete und

Schaffung eines einheitlichen Arbeitszeitgesetzes

verlangte.

Das Ende der Tiroler Künstlerkammer. Kurz nach dem Zusammenbruch Oesterreichs wurde in Tirol ein interessanter Versuch unternommen. Es sollten alle künstlerisch tätigen Personen in einer selbstgeführten Organisation zusammengeschlossen werden, die die Grundlage eines Kunstamtes bildete. Der Gedanke an das Räteystem hatte hierbei beherrschenden Einfluß ausgeübt. Alle Fragen der Kunst und der Künstler, persönliche und sachliche, sollten ausschließlich von den Künstlern entschieden werden. In Kämpfen, die auch die Allgemeinheit betrafen, sollte dem Räte der Künstler bestimmender Einfluß gesichert werden. Auf diese Weise entstand die Tiroler Künstlerkammer. Die innere Gliederung der Kammer war klar und praktisch gedacht. Die Tiroler Landesregierung unterstützte das Unternehmen moralisch und materiell. Über gerade die dritte Grundlage war der Nährboden der Auflösung. Man war mit der Aufnahme der Mitglieder zu liberal gewesen. So ergab sich die Notwendigkeit der Sichtung und damit zugleich das Element der Zersetzung. Eine Jury sollte entscheiden, wer auf Grund seiner bisherigen Leistung das Recht auf Mitgliedschaft der Kammer besitze. Die noch im Zuge befindlichen Bemühungen um die Reorganisation der Kammer dürften fruchtlos verlaufen.

Berthold Delbrück, ein hervorragender Vertreter der vergleichenden Sprachwissenschaft, ist in Venedig, wo er von 1870 bis 1913 an der Universität, 79 Jahre alt, gestorben. Er ging von der altindischen Sprache aus und suchte für die indogermanischen Sprachen, deren vergleichende Wort- und Satzbildung er erläuterte, die Gemeinsamkeit der Entwicklung nachzuweisen. In seinem Spezialfach war Delbrück, der aus der bekannten preussischen Beamten- und Gelehrtenfamilie stammte, ein anerkannter Meister. Aber wie seine ganze Generation, überschätzte er die Möglichkeit, aus der Sprachgeschichte Sozial- und Kulturgeschichte abzuleiten. Die vergleichende Dichterkunde und Urgeschichte muß hier die Ergebnisse der Sprachwissenschaft ergänzen und deuten, wie andererseits die Physiologie und Psychologie der Sprache der rein historischen Sprachforschung zur Seite treten muß.

Spielplandänderung. Krefeld wird wegen der Erkrankung des Herrn Schärer in der Staatsoper statt „Die Vögel“ vorführen. „Waffen und Liebe“ mit Herrn Brown in der Rolle gegeben. Anfang 7^{1/2} Uhr.)

Musik. In dem in der Staatsoper am Sonntag, den 8. d. M. vorm. 11^{1/2} Uhr, stattfindenden Sonderskonzert wird Prof. Ferruccio Busoni das C-Dur-, G-Dur- und C-Dur-Klavierenkonzert von Mozart spielen. Die Orchesterbegleitung übernimmt die Kapelle der Staatsoper.

Die Entwicklung der Großen Volkoper. In der Generalversammlung der Gemeinnützigen K. O. „Große Volkoper Berlin“ wurde festgestellt, daß das vergangene Stückjahr künstlerisch sehr erfolgreich war. Auch das finanzielle Ergebnis ist befriedigend. Das Aktienkapital liegt seit Januar 1920 von 100.000 M. auf 3 Millionen M. Es soll auf 10 Millionen M. erhöht werden.

Die Vereinigung für bautechnische Fortbildung veranlaßt vom 15. April bis 10. Mai einen Lehrgang für Bergbauingenieure zur Erneuerung und Fortbildung der bautechnischen Kenntnisse. Anmeldungen an die Geschäftsstelle, Berlin W 36, Schinkelplatz 6.

Operanten für Anfänger und Fortgeschrittene wird an der Humboldt-Hochschule in verschiedenen Anrücken erteilt. Beginn: Montag, 8. Januar, 8 Uhr, Niebuhrstr. 12 (Pausenplatz).

Die Annahme des obigen Antrages hätte für die Arbeitnehmer nach ihren Erklärungen eine Lage geschaffen, die ihnen eine weitere Mitarbeit nicht möglich

erscheinen ließ. Der Ausschuss lehnte nach längerer Aussprache einen Antrag auf Ueberweisung des Arbeitgeberantrages an das Plenum des Reichswirtschaftsrates ab und beschloß, zur Klärung der strittigen Fragen eine zweite Beratung vorzunehmen.

„Nationalarmee“ — Schutzpolizei.

Auf eine Anfrage der Unabhängigen, ob sich die in München bestehende rechtsradikale Geheimorganisation auch auf Preußen erstreckt, hat Minister Severing die Antwort erteilt, daß eine Vereinigung „Nationalarmee“ in Frankfurt a. M. festgestellt wurde, die im Zusammenhang mit der Münchener Geheimorganisation stand. In der Antwort heißt es u. a.:

„In dieser Angelegenheit wurde der Leutnant a. D. Heinz in Frankfurt a. M. und der Schutzpolizeiwachmeister Sanderhoff in Berlin in Haft genommen.“

Es schweben in dieser Angelegenheit Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. und wegen des etwaigen Zusammenhanges mit den Mordern von Erzberger beim Generalstaatsanwalt und dem Untersuchungsrichter in Offenburg. Die Ergebnisse dieser Ermittlungen sind noch nicht bekannt. Bekannt ist nur, daß der Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. M. die gerichtliche Voruntersuchung wegen Verbrechens bzw. Vergehens gegen § 128 des Strafgesetzbuches und § 1 der Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 und 24. Mai 1921, § 73 des Strafgesetzbuches gegen folgende Personen eröffnet hat:

1. den ehemaligen Schutzpolizeiwachmeister Ernst Sanderhoff,
 2. den Polizeioberleutnant Arwed Siebert,
 3. den Leutnant a. D. Wilhelm Heinz,
 4. den Polizeiunterwachmeister Ludwig Schmidt,
 5. den Polizeiunterwachmeister Eduard Schwarze.
- Heinz steht auch im Verdacht der Mitwisserschaft an der Ermordung Erzbergers.

Eine weitere Antwort beschäftigt sich mit den Äußerungen der beiden Polizeioffiziere in Hamburg über die Ermordung Erzbergers, die bekanntlich die Worte gebrauchten: „Es ist gut, daß das Schweln tot ist; so werden noch mehrere folgen.“ — Der „Demokrat“ Dominicus hatte diese Polizeioffiziere auf Befürwortung des Regierungspräsidenten lediglich verurteilt und mit einer Geldstrafe in Höhe des halben monatlichen Grundgehalts bestraft. In der Antwort sagt nun Severing:

„Ich habe den Regierungspräsidenten nicht im Zweifel darüber gelassen, daß ich mit Rücksicht auf die Schwere des Vergehens diese Befürwortung nicht billigen kann. Da jedoch die endgültige Entscheidung in der Sache selbst bereits längere Zeit vor meinem Amtsantritt erfolgt war und eine nochmalige Bestrafung wegen ein und derselben, schon einmal mit Strafe belegten Handlung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht zulässig ist, habe ich von weiteren Maßnahmen gegen die beiden Oberbeamten absehen müssen.“

Die preussische Schutzpolizei muß, entsprechend ihrem Diensteid, treu auf dem Boden der Verfassung stehen. Gegen Schutzpolizeibeamte, die dieser Forderung in ihrer Erinnerung oder Befolgung nicht entsprechen, wird in Zukunft auch ohne daß es hierfür der Einsetzung eines besonderen Ausschusses bedarf (wie in der Anfrage verlangt wurde), unmissverständlich, gegebenenfalls durch Entsetzung aus der Schutzpolizei, eingeschritten werden.“

Wir können über diese Antwort nur unsere Genugtuung aussprechen.

Die Eisenbahner im besetzten Gebiet.

Die zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsverkehrsministerium zustande gekommenen Vereinbarungen bestimmen für das besetzte Gebiet folgendes:

„Im besetzten Gebiet werden vorläufig, mit Wirkung vom 1. Oktober 1921, an denjenigen Orten, die sowohl nach dem bisherigen Ortsklassenverzeichnis des Reichslohnstarifvertrages als auch nach dem nunmehr übernommenen Beamten-Ortsklassenverzeichnis zu Ortsklasse A gehören, Uebersteuerungszuschüsse in Höhe von 1 M. in der Stunde gewährt werden.“

Nach übereinstimmender Auffassung aller an der Verhandlung beteiligten Gewerkschaftsführer ist darunter zu verstehen, daß die Orte, welche bisher nach dem Reichslohnstarifvertrage in Ortsklasse A eingestuft waren und auch die, welche jetzt auf Grund des Ortsklassenverzeichnisses für die Beamten nach A kommen, den Uebersteuerungszuschlag erhalten müssen. Das Reichsverkehrsministerium stellt sich nun plötzlich auf den Standpunkt, nur Köln und Aachen könnten den Uebersteuerungszuschlag erhalten, weil sie nach dem alten wie nach dem neuen Ortsklassenverzeichnis für die Ortsklasse A in Betracht kommen. Wäre das aber die Auffassung des Reichsverkehrsministeriums vor dem Zustandekommen der Vereinbarung gewesen, dann hätte der Wortlaut anders formuliert werden müssen.

In dem vom Reichsverkehrsministerium an die Eisenbahndirektion Köln gerichteten Diensttelegramm ist aus dem oben angegebenen Wortlaut der Vereinbarung das Wort „denjenigen“ in die beiden Worte „den wenigen“ umgewandelt. Nach diesem Diensttelegramm wird der Uebersteuerungszuschlag also nicht an denjenigen, sondern an den wenigen Orten gezahlt, die das Reichsverkehrsministerium berücksichtigen will.

Auf Grund der vorstehend mitgeteilten Auslegungskunst des Reichsverkehrsministeriums fand am 5. Januar eine erregte Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem Ministerialrat Dr. Roser statt. Die Gewerkschaftsvertreter und die aus dem besetzten Gebiet eingetroffenen Eisenbahner machten auf die große Gefahr und die erregte Stimmung im besetzten Gebiet aufmerksam. Besonders die Kölner Eisenbahner erklärten, daß, nachdem die Stellung des Reichsverkehrsministeriums bekannt geworden war, die Streiks sofort wieder auszusammens drohten, und sie befürchteten den sofortigen Ausbruch des Streiks, falls das Reichsverkehrsministerium seine Auffassung nicht ändere. Ministerialrat Dr. Roser erklärte, diese Drohung mache auf ihn gar keinen Eindruck. Es bleibe bei der Auslegung, die er im Namen des Reichsverkehrsministeriums gegeben habe.

Es wäre wirklich ein starkes Stück, wenn dieser Vorgang sich in der hier geschilderten Weise abspielte, daß die Vereinbarung nachträglich derart einseitig umgedeutet worden ist. So geht es denn doch nicht, und den Eisenbahnern im besetzten Gebiet wäre es sehr wohl nachzudenken, wenn sie darüber empört sind. Die Drohung eines neuen Eisenbahnerstreiks macht auf die Öffentlichkeit sicherlich mehr Eindruck als auf irgendeinen Bureaucraten. Doch hoffen wir, daß es den Organisationsvertretern gelingt, die Eisenbahner wenigstens so lange zu beruhigen, bis einwandfreie Klärung geschaffen, oder aber die eigenartige Korrektur rückgängig gemacht wird, was schleunigst geschehen müßte, wenn sie tatsächlich vorgenommen ist.

Zunächst muß eine klipp und klare Darlegung vom Reichsverkehrsminister erwartet werden. Bis dahin enthalten wir uns jeden Kommentars.

Grundlinien für die Beamtenlaufbahn.

In einer Entschließung hat der Reichstag die Reichsregierung ersucht, für die künftige Laufbahn der Beamten aller Reichsverwaltungen allgemein gültige Grundzüge zu erlassen, unbeschadet einer abweichenden Regelung in besonderen Fällen bei begründetem Bedürfnis. Diese Grundzüge sollen für Beförderungen sowohl den Nachweis der Befähigung durch Ablegung der Prüfung als auch durch die Bewährung im Dienst gelten lassen. Die Aufstellung der Grundzüge soll nach Vereinbarung mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Beamten erfolgen. Sie sind dem Reichstag zur Nachprüfung vorzulegen.

Im Verfolg dieser Entschließung hat zunächst eine Besprechung zwischen Vertretern der Reichsressorts und der einzelnen Landesregierungen stattgefunden. Im Anschluß hieran beabsichtigt der Reichsminister des Innern, die Frage mit den Vertretern der Vereinigungen der Beamten zu erörtern. Folgende Punkte werden zu klären sein:

Welche Vorbildung ist von den Beamten zu verlangen? Soll für die in Gruppe V eintretenden Beamten eine gewisse Vorbildung gefordert werden oder genügt es, wenn dies für die Beamten, die in Gruppe VII ihre Eingangsstufe haben, geschieht? Welche Art von Vorbildung ist zu verlangen? (Mittelschulbildung, Reife für Obersekunda, Reife für Prima, Reifezeugnis einer neunstufigen Lehranstalt). Ist das vollendete 17. Lebensjahr als Mindestgrenze und das vollendete 25. als Höchstaltergrenze für zureichend zu erachten? Welche Prüfungen sind zu verlangen? Sollen Rangbeamte eine Prüfung ablegen? Soll eine Prüfung für die in Gruppe V eintretenden Beamten gefordert werden, oder genügt es, eine solche für die Beamten in Gruppe VII vorzusehen? Ist für die Beamten des Registraturdienstes eine leichtere Prüfung einzurichten als die für die Beamten des Bureauendienstes geforderte? Eignet sich die preussische Prüfungsordnung vom 21. August 1894 für die in den Bureau- und Kassendienst eintretenden Subalternbeamten als Grundlage für die zu erlassende Prüfungsordnung der in Gruppe VII eintretenden Beamten?

Die Befragung soll am 13. Januar im Reichsministerium des Innern stattfinden.

Ein objektives Landgericht.

Die Strafkammer in Dels hatte jüngst in der Urteilsbegründung gegen den linksdemokratischen Politiker Dr. Köbisch, der wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, folgenden Satz geprägt:

Köbisch ist mit seiner Selbstgefälligkeit, Eitelkeit, Unwahrhaftigkeit, mit seiner Schönrederei, mit seiner Anpassung an die Leidenschaft der Menge und mit seiner Kampfesweise gegen seine Gegner einer jener unberufenen Volksführer, die ihren Herrschaftsgelüsten auf Kosten und zum Schaden des Volkes fröhnen, seine Angaben verdienen an sich keinen Glauben.

Wegen dieser persönlichen Herabsetzung in der Urteilsbegründung hat Dr. Köbisch Beschwerde gegen die beteiligten Richter erhoben. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, liegt die Beschwerde gegenwärtig dem Oberlandesgerichtspräsidenten in Breslau zur Entscheidung vor. Der Justizminister hat der Angelegenheit sein besonderes Augenmerk zugewendet.

Diese Urteilsbegründung ist jedenfalls ein neuer Beweis für die vielgerühmte „Objektivität“ der heutigen Rechtsprechung.

Erklärung der Deutschen im Sejm.

Bei der dritten Lesung über die Vermögensabgabe gab die Deutsche Vereinigung im Sejm (polnischer Landtag) folgende Erklärung ab:

„Aus der Ueberzeugung heraus, daß nur durch eine größere Abgabe aus dem Volke die Rettung unserer Finanzen möglich ist, erklärt die Deutsche Vereinigung, daß sie im Prinzip für die Vermögensabgabe stimmen wird. Der Finanzminister wird in allen Fällen, wo es sich um die Sanierung der Staatsfinanzen handelt, unsere Unterstützung finden. Leider müssen wir unsere Stellungnahme dem übrigen Kabinett gegenüber nach der Rede des Ministerpräsidenten in Polen einer Revision unterziehen. Dem Ministerpräsidenten wurde von gewissen Kreisen die Stützung seines Kabinetts durch deutsche und jüdische Stimmen zum Vorwurf gemacht. Anstatt diese Treibereien zu ignorieren, ließ der Chef des Kabinetts dem gegen das Deutschland in infamer Art und Weise fortgesetzt arbeitenden Chauvinismus sein Ohr und erniedrigte sich soweit, daß er durch seine Rede ihren mit der Verfassung im Widerspruch stehenden Standpunkt sanktionierte und unterstrich.“

Die deutschen Abgeordneten spielen auf Reden des polnischen Ministerpräsidenten in Polen an, die eine Kriegsanklage an die Winderheiten in Polen enthielten, wie ja auch die Politik der Warschauer Regierung durchaus auf eine Unterdrückung des Deutschlands eingestellt ist. Es ist bezeichnend für die polnische Chauvinistenlique, daß ihr dieser Kurs immer noch zu liberal ist. Sie begibt sich damit des Rechts, sich über die Politik der ehemaligen kgl. preussischen Verwaltung zu beklagen.

In der Danziger Zollfrage hat die polnische Regierung gewisse Zugeständnisse gemacht. In der Frage der deutschen Ansiedler ist seit der Entscheidung des Botshasterrats keine weitere Maßnahme erfolgt. Vorläufig weiß man nicht, ob es sich um Abkehr von einer verderblichen Bahn oder um Rücksichten auf die Verhandlungen in Oberschlesien handelt. Es ist Sache des polnischen Ministerpräsidenten, zu dieser Frage, die für das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen von grundlegender Bedeutung ist, eindeutige Stellung zu nehmen.

Die Frage des bayerischen Staatspräsidenten. Bei seinem Zusammentritt wird der bayerische Landtag die Vorlage Schäfers (Bayerische Volkspartei) vorfinden, die eine Beratung über die Frage des bayerischen Staatspräsidenten verlangt. Es ist noch sehr zweifelhaft, ob der Vorschlag eines bayerischen Staatspräsidenten mit dem des Ministerpräsidenten zusammengelegt werden wird. Geschieht das nicht, dann wird der Landtag darüber beraten, ob man diese Angelegenheit nicht einer Volksabstimmung unterbreiten soll.

„Nichts zu spüren.“ Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bringen die wunderbare Erklärung, daß in München bisher von Sozialdemokraten nichts zu spüren gewesen ist, und die volkspartheiliche „Zeit“ drückt diese Behauptung mit einem ellenlangen Kommentar ab. In der Tat! Die Ermordung Gores in München, der Mord an Forckenrieder Park, der Ueberfall auf Dobner, die von München ausgehende Ermordung Erzbergers, die fiessele Wahnung der Mörder in München eine Stunde vor ihrer geplanten Verhaftung, das Revolventenattentat auf Kuer, all das sind ja Dinge, von denen niemand etwas spürt!

Rücktritt Barreres. Die italienische Regierung hat die amtliche Mitteilung von dem Rücktritt des französischen Botshasterrats Barreres erhalten. Seine Tätigkeit war in der letzten Zeit heftigen Angriffen in italienischen Blättern ausgesetzt, die ihm Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens vorwarfen.

Gewerkschaftsbewegung

Die „solidarischen“ Straßenbahner.

Der Verkehrsband schreibt uns: Die bürgerlichen Blätter können nicht genug über das Verhalten der ihnen verhassten Gewerkschaften sowie deren Funktionäre und Betriebsräte wettern, auch kommt es diesen Blättern auf eine Verleumdung mehr oder weniger nicht an.

Im besten Bekommt es die „B. Z.“ fertig. In der Nr. 2 vom 2. Januar 1922 stellt sie die Wahrheit auf den Kopf. Während des Streiks der Eisenbahner lag auch zum Teil der Stadt- und Ringbahnverkehr still. Diesen Umstand wollte die Verwaltung der Straßenbahn ausnutzen und eine ganze Reihe von Wagen einschleppen, um so eine Verstärkung einzelner Linien vorzunehmen. Die Gewerkschaften sowie die Betriebsräte lehnten das Anstehen der Verwaltung ab mit der Begründung, es sei Streikarbeit. Eine Verabredung mit der Verwaltung und dem Betriebsrat, wie die „B. Z.“ schreibt, ist nicht erfolgt.

Die Gründe der Ablehnung waren folgende: Schon seit mehreren Monaten ist der Krankenstand im Fahrpersonal infolge der schlechten Witterung recht groß; nicht aber erst während des Eisenbahnstreiks. Die Arbeitervertretung hat wiederholt darum nachgesucht, die Leute, die im Fahrdienst ausgebildet sind, während des Sommers aber beim Gleisbau beschäftigt wurden, in den Fahrdienst zu übernehmen. Das hat die Verwaltung abgelehnt. Es sollten sogar Leute aus dieser Abteilung entlassen werden. Da dies nicht angebracht erschien, plante man Arbeitsverteilung. Man wollte die Verwaltung 100 bis 200 Mann dieser Gruppe, aber auch nur während der Dauer des Eisenbahnstreiks, in den Fahrdienst einstellen, um dann später die Arbeit zu strecken. Das wurde von der Arbeitervertretung mit Recht abgelehnt. Wenn weiter gesagt wird, daß nur wegen des hohen Krankenstandes Schaffner und Führer für die Erkanteten einbringen sollten, so ist das glatt erflogen. Mit Ausnahme des Aufsichtspersonals mangelt es an Schaffnern und technischem Personal, um nur die notwendigen Arbeiten an den Wagen vornehmen zu können, geschweige einbringen zu können, um den Fahrbetrieb zu erörtern.

Zu besonderen Beschwerden der bürgerlichen Presse sei nochmals gesagt: Würden die Verbesserungsversuche, die von der Arbeitnehmervertretung in wiederholten Verhandlungen mit der Verwaltung vorgebracht wurden, auch nur einmal veruchsweise eingeführt, dann hätte die bürgerliche Presse keine Ursache, über die verhassten Gewerkschaften und die Betriebsvertretung zu wettern, sondern sie müßte ihnen voll und ganz zustimmen.

Noch kein Friede im Kraftfahrzeuggewerbe.

Nachdem die Unternehmer den Streik gegen den Motorwagen wegen der Veranlassung der Steuererhöhung haben, führen sie den Kampf gegen die Chauffeure weiter. Sie haben beschlossen, den Fahrern von der genehmigten Isfahnen Tage nur für 15fache Tage die Prozente zu gewähren; außerdem sollen die Fahrer 3000 Mark Kautions zahlen. In einer am 4. d. Mts. stattgefundenen, stark besuchten Versammlung lauten die Fahrer folgenden Beschlüsse:

Die am 4. Januar 1922 im Gewerkschaftshaus taende Versammlung der ersten Kraftfahrtschaffner beschließt, die Arbeit unter Vorbehalt aufzunehmen, im weiteren an den vor dem 16. Dezember 1921 bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen festzuhalten. Die Versammlung erklärt, daß ohne Verhandlung der bestehenden Organisationen keine Änderung des Lohnabkommens vorgenommen und von der Stellung von 3000 M. Kautions keine Rede sein kann. Die Organisationsleitung wird deshalb beauftragt, sofort Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation anzubahnen und alle weiteren Schritte, die notwendig sind, einzuleiten.

Wie nachträglich gemeldet wurde, hat der größte Teil der Unternehmer von der Kautions Abstand genommen.

Die Löhne der Wach- und Schließangestellten.

Die Löhne der Wach- und Schließangestellten sind neu geregelt worden. Es erhalten Separatwächter 1420 M., Revierwächter 1480 M., Kontrollreue 1580 M. pro Monat. Mit 11 der angesehensten Gesellschaften steht der Deutsche Transportarbeiterverband im Tarifverhältnis, während mit einigen noch Verhandlungen schweben. Es gibt aber noch Gesellschaften, die im trüben Wasser. Dazu gehört u. a. die Märkische Wach- und Schließgesellschaft, Schöneberg, Feurigstr. 22, die sich auch nach Schöneberger Wachgesellschaft oder Finger u. Co. firmiert. Diese Gesellschaft zahlt nach Löhne von 800 M. pro Monat. Ihre Wächter befinden sich auch nicht im Genuß der Vergünstigungen, die andere Gesellschaften gewähren. Wenn diese Firma sich für monatlich 1900 M. anbietet, dann beweist sie, daß sie es verdient, einmal auf Kosten der Angestellten, dann aber auch auf Kosten der anständigen Gesellschaften kolossalen Verdienst in ihre Taschen zu stecken.

Es steht aber auch fest, daß die Firma keine Wächter hat, wie sie in den Zirkularen anpreist, denn für 800 M. den Monat kann einfach ein Mann in den besten Lebensjahren nicht arbeiten, wenn er für sich und seine Familie sorgen will. Die dort

beschäftigten Leute sind der organisierten Arbeiterschaft zum Teil noch in lebendiger Erinnerung wegen ihrer unkollegialen Handlungsweise beim letzten Streik.

Die Betriebsräte aller Berufe werden gebeten, bei Vergebung von Bewachungsaufträgen darauf zu achten, daß Verträge nur mit tarifstreuen Gesellschaften abgeschlossen werden. Auskunft erteilt der Deutsche Arbeiterverband, Bagreuther Str. 31.

Die Arbeitslosigkeit in Schweden.

Nach einem amtlichen Bericht hatte Schweden am 30. November 117000 Arbeitslose. Von diesen erhielten etwa 85000 Unterstutzungen in barem Gelde. Die vom Staate und den Gemeinden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unternommenen Arbeiten beschäftigten etwa 28000 Arbeiter. Im ganzen hat der schwedische Staat im Jahre 1921 zur Unterstutzung der Arbeitslosen 35 Millionen Kronen ausgegeben.

Liste Afa-Bund!

Die wählbaren Anstellten geben am Sonntag bei den Wahlen der Betriebsräte und Gesamtwahl zur Reichsversicherungsanstalt für Angestellte für diese Liste ihre Stimme ab.

Die Versicherungskarte

muss jeder vorlegen, um zur Stimmabgabe zugelassen zu werden. Deshalb lasse sich jeder und jede wählbare Anstellte die Versicherungskarte vom Unternehmer ausstellen. Es muss darauf die gegenwertige Wohnuna angegeben sein. Sollte auf der Versicherungskarte aber noch die frühere Wohnuna vermerkt sein, muss man sich um Ausweis einer vollständigen Bescheinigung seines Reviere über die jetzige Wohnuna beschaffen. Gewählt wird in dem Bezirk, wo man wohnt. Näheres ist an den Auswahlschleusen zu erfahren.

Die Angestellten der Gewerkschaften,

die der Anstelltenversicherung angehören, dürfen ebenfalls nicht verschmähen, am Sonntag zur Wahl zu gehen und für den Afa-Bund zu stimmen.

Auch die Genossenschaftsangestellten,

die Lagerhalter, Verkaufsfrauen, Kassierinnen und Bureauangestellten sowie das kaufmännische Personal der Konsumgenossenschaft Berlin und Amarcad, des Konsumvereins „Merker“ in Fran au sowie des Beamtenvereins haben das Wahlrecht zur Anstelltenversicherung. Niemand veräume, es am Sonntag auszuüben. Jeder gebe seine Stimme ab

für den Afa-Bund.

1898. SUD. Ober-Schönwelta. Heute nachmittag 8 Uhr bei Stih. Odenstraße, Versammlung aller SPD-Kollegen der A.S. Wichtige Tagesordnung!

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Unseren Mitgliedern bringen wir zur Kenntnis, daß ein Umzug des Ortsbureaus nach Breite Straße 89 nicht erfolgt. Das Bureau befindet sich nach wie vor Engländer 24 II, Zimmer 39 41.

Die diesjährige Jahres-Generalversammlung ist am 10. Februar im großen Saale des Gewerkschaftshauses, zu der Anträge bis zum 23. Januar bei der Ortsverwaltung einzureichen sind.

Die Ortsverwaltung.

Im Köpplischen Industriegebiet wurden große Betriebs-einschränkungen vorgenommen. In Arbeiterkreisen macht sich eine große Beunruhigung bemerkbar, da angenommen wird, daß der Rohstoffmangel von den Unternehmern lediglich vorgeführt wird, um einem großen Lohnkampfe der Metallarbeiter aus dem Wege zu gehen.

In Essen streiken die Bäcker. Die Bäckermeister erklären, daß sie die Forderungen der Gefellen nicht ohne eine Erhöhung des Brotpreises von 50 Pf. für das dreifünfdige Brot erfüllen können. Der Regierungspräsident hat die Genehmigung zu einer solchen Brotpreis-erhöhung verweigert.

Die Ursache des Streiks in Hörde auf dem Phoenix-Hochofenwert bildete die Einführung einer Wertpolizei. Im Streik stehen 2000 Mann, weitere 7000 Mann sind dadurch zum Stillstand gezwungen. Zur Wertpolizei kam jetzt noch die Technische Rothhilfe.

Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung in der Schwelz-„Intel“ meldet: Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe hat am 31. Dezember die Kündigung aller Arbeiter im Schneidergewerbe veranlaßt, unter gleichzeitigem Angebot einer Weiterbeschäftigung bei einer Lohnreduzierung um 10 Proz. dem Ablauf der Kündigungsfrist an. Die Angestellten der Elektrischen Straßenbahn Friedrichshagen haben in der Urabstimmung mit großer Mehrheit den Vorschlag der Direktion auf Einführung der neunstün-

digen Arbeitszeit gegen Errichtung einer Invaliditäts- und Pensionskasse zu alleinigen Lasten der Gesellschaft angenommen. — Die Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes in Bern kündigten nach W.B. den Tarifvertrag, um die Löhne der Angestellten angehts des Rückganges der Leuerung und der Verstärkung der nationalen Wirtschaftskrise herabsetzen zu können.

Die Bergarbeiter Südafrikas rufen zu einem Generalstreik gegen die geplanten Bohnerabsetzungen. Das Exekutivkomitee der Industriearbeiterverbände richtet an alle ihm angeschlossenen Organisationen die Aufforderung, sich auf die Unterstutzung dieses Kampfes vorzubereiten.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 66 Ziffer 3 B.R.G. Nichtverhinderung eines Streiks durch den Betriebsratsvorsitzenden ist kein Grund zur fristlosen Entlassung.

Nach dem vorgeführten Paragraphen des B.R.G. soll der Betriebsrat „den Betrieb vor Erschütterungen bewahren“. Die Unternehmer gehen nach und nach dazu über, diese Bestimmung als eine bequeme Handhabe zu betrachten, einmal, um sich unangenehme Betriebsvertretungsmitglieder zu entledigen, andererseits, um für alle Differenzen, welche sich im Betriebe ergeben, die Betriebsvertretungen verantwortlich zu machen. Das Betriebsratsgesetz würde in sein Gegenteil verkehrt, wenn diese Auffassung der Unternehmer, den Betriebsrat als Betriebsmittel zu betrachten, Anerkennung fände. Da die Betriebsvertretung gesetzliche Pflichten zu erfüllen hat, kann dieselbe, wenn sie nicht gemäß §§ 39 und 41 ihre Befolgung gewährleisten will, in ihrer gesetzlichen Eigenschaft weder zu einem Streik auffordern, noch einen Streik durchführen. Die betreffenden Kollegen können diese Aufgabe vielmehr nur als Gewerkschaftsmitglieder erfüllen. Wenn jedoch ein Streik ausgetrieben ist oder auszubrechen droht, ist es wiederum gesetzliche Pflicht der Betriebsvertretungen, die Interessen der Gesellschaft wahrzunehmen. Wenn dies an der Hartnäckigkeit des Unternehmers scheitert, darf sich ein Grund zur Entlassung des Betriebsvertretungsmitgliedes hieraus keinesfalls ergeben.

In diesem Sinne hat auch der Schlichtungsausschuss Düsseldorf in seiner Sitzung vom 16. November 1921 entschieden und den Einspruch gegen die fristlose Entlassung als berechtigt erklärt. Aus der Begründung lassen wir nachstehenden Absatz folgen:

„Der Auffassung des Arbeitgebers ist beizutreten. Als Betriebsobmann hätte er zwar schon vorher den Betriebsrat von dem drohenden Streik um den Vorarbeiter J. verständigt sollen. Nachdem aber an dem betreffenden Tage, einem Montage, die Lage durch die Arbeitsverweigerung der Arbeiter der Dreherei brennend wurde, war es seine Pflicht, sich um die Beilegung des Streiks zu bemühen. Das hat er getan. Allerdings hat er keinen Erfolg gehabt. Auch hat er in dem Augenblicke, wo der Betriebsleiter zur Arbeit aufforderte, nicht die Geistesgegenwart besessen, einwider die anderen Arbeiter zur Arbeit zu bewegen oder den Betriebsleiter zu bitten, noch eine kurze Verhandlungskriste zu gestatten. In dem mangelt dem Geschäft und dem wachsenden Einfluß auf seine Gruppen kann aber kein Grund zur Kündigung gefunden werden. Dem Kläger selbst kann Arbeitsverweigerung oder Verlassen der Arbeit nicht zur Last gelegt werden. Während der Verhandlungen konnte er nicht arbeiten, sondern mußte sich um die Beilegung der Sache bemühen. Seine Bemühungen waren noch nicht beendet, da er um 3 1/2 Uhr zur Direktion gehen wollte. Ein wichtiger Grund zur Entlassung lag demnach nicht vor. Das Arbeitsverhältnis ist daher durch die Kündigung nicht zur Auflösung gekommen.“

Schaffner Betriebsrat-Verband. Heute abend 8 Uhr Ortsvereinsversammlung in der Köpplischen Industrie-Verwaltung, Odenstraße 89. Generalsammlung heute nachm. 3 Uhr im Schulthei. Franz-Johannstr. 24-26. Generalsammlung des Schaffner. Sonntag 10 Uhr im Central-Kafo. Brunnenstraße 124. Generalsammlung des Bäcker Berlin. Ohne Verbandsbuch kein Zutritt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Internationaler Bund der Kriegsveter. Reichs-V. Freitag 7 Uhr bei Altem, großer Saal, Selenstraße 12, Versammlung. Bei Karl Ziehl. Schiller-Berlin „Mittelst.“ Charlottenburg, Sonntag 8 Uhr Generalsammlung. Knechtstr. 13-15, Restaurant Lehmann. Arbeiter-Bezirksrat-Verband. „Alte-Wagen“ Groß-Berlin eröffnet wieder neue Anlaufstelle in folgenden Schulen: 1. Moabit, Bremer Str. 18/17, Freitag, 15. Januar; 2. Wilmersd., Schulstr. 50, Samstag, 16. Januar; 3. Prenzlauerberg, 6. Januar; 4. Prenzlauerberg, Kaiser-Friedrich-Str. 200/170 (Kriegsmuseum), Freitag, 16. Januar; 5. Lichterfeld, Schwanenberger Str. 19, Sonntag, 16. Januar; 6. Marienfeld, Kottbuscher (Gemeinhaus), Donnerstag, 12. Januar. Jeder Rufus findet allwöchentlich einmal von 7 1/2-9 1/2 Uhr abends statt und dauert 14 Stunden. Das Aufnahmestück einschließlich Bezahlung beträgt für Erwachsene 25 M. und für Jugendliche unter 15 Jahren 20 M. Näheres Auskunft erteilt Genosse Otto Borch, SO. 31, Obilstr. 62.

Veranst. für den reif. Zeit: Franz Altes, Berlin-Wilmersd., 10. Kottbuscher Str. 12, Berlin. Freitag, Sonntag, 14. Januar, 10. Berlin. Buch-Verlags-Buchhandlung u. Verlagsanstalt Buchhändler u. Co., Berlin, Linienstr. 3. Platz 1. Helles und „Jugend-Buchhandlung“.

für Herren-Damen-Bekleidung
breite Fabrikate, große Auswahl, Verkauf mehrerer
Stoffe Koch & Seeland G. M.
Gertraudenstr. 20-21.

Nur noch 2 außergewöhnlich billige Verkaufstage

Freitag den 6. Januar **Sonntag den 7. Januar**

Herren-Kleidung
Ein Paaten Sommer-„Ull“er beste Verarbeitung Serie I M. 750.— Serie II M. 950.— Serie III M. 1150.—
Ein Paaten Strasson-Anzüge farbig Serie I M. 850.— Serie II M. 1050.— Serie III M. 1250.—
Ein Paaten Herren-Weston einfarbig, reine Wolle M. 95.—

Sportkleidung
Ein Paaten Sport-Anzüge Joppe mit kurzer Hose Serie I M. 680.— Serie II M. 740.—
Ein Paaten Herren-Sportkleid braun, aus sport Rind oder Wasserlauche Größe 40-46 M. 345.—
Ein Paaten Herren-Sportkleid braun aus Sport-Rindleder, ohne Kappe, mit Doppelreißer M. 450.—
Ein Paaten Herren-Sportkleid braun, aus Chrom-Kalbleder mit Doppelreißer, Handarbeit M. 690.—
Ein Paaten Gummischuhe Fabrikat Harburg - Wien für Knaben und Mädchen Größe 23-33 M. 42.— G 66a III-35 M. 40.— für Damen Größe 35-41 M. 68.— für Herren Größe 35-40 M. 68.— Größe 40-45 M. 85.—

Wintersport
Ein Paaten Wollweston reine Wolle, in walf. mit farbiger Kappe M. 440.— in bunten Farben M. 400.—
Ein Paaten Sport-Schuhe farbig M. 25.— 45.— 60.—
Ein Paaten Wolltoggmaschen in verschied. Farb. M. 33.—

Damen-Kleidung
Ein Paaten Ulster und Mäntel Sommer und Winter, für Straße, Reize u. Sport, aus Affenhaut, Flanell, Homospun Serie I M. 290.— Serie II M. 400.— Serie III M. 590.—
Serie IV M. 690.— Serie V M. 890.— Serie VI M. 1090.—
Ein Paaten Regenmäntel aus Wadallin-Stoffen Serie I M. 450.— Serie II M. 650.— Serie III M. 850.—
Ein Paaten Gummi-Mäntel beste Gummierung Serie I M. 420.— Serie II M. 570.— Serie III M. 650.—
Ein Paaten Covercoat-Mäntel rechte, Herren-Verarbeitung Serie I M. 290.— Serie II M. 390.— Serie III M. 490.—
Ein Paaten Sport- und Straßen-Kostüme für Sommer und Winter aus Leinen, Cheviot, Homospun, Affenhaut Serie I (Leinen) M. 450.— Serie IV M. 1050.—
Serie II M. 750.— Serie V M. 1250.—
Serie III M. 950.— Serie VI mit Brechesse M. 1450.—
Ein Paaten Strickjockon und Jumpers in modischen Farben, bedeutend im Preise ermäßigt!

Knaben-Kleidung
Ein Paaten Sport Anzüge Joppe mit kurzer Hose 6-9 Jahre M. 360.— 10-14 Jahre M. 460.—
Ein Paaten Kleider Anzüge reine Wolle, 5-8 Jahre M. 360.— 9-14 Jahre M. 460.—
Ein Paaten Winter-„Ull“er besterart im Preise ermäßigt.

Herren-Wäsche u. Trikotagen
Ein Paaten Oberhemden einfarbig Batist und gemusterter Perkal, mit weichen Umlege-Manchetten und einem Kragen, weißen Manchetten ohne Kragen M. 150.—
Ein Paaten 2-fach-Oberhemden einfarbig u. gemustert mit weichen Manchetten und 2 Kragen M. 200.—
Ein Paaten Oberhemden aus guter weißer Rumpelstoff mit weichen Piquet- od. farbigen Einsteck-Kragen M. 195.—
Ein Paaten Oberhemden weiß guter Rumpelstoff, Pasten und Frack-Einsteck M. 200.—
Ein Paaten 2-fach gute Fabrikate, einfarbig u. gemustert Serie I M. 12.— Serie II M. 18.— Serie III bester Flirt II 40.—
Ein Paaten Garnituren reine Wolle M. 500.—

Herren-Mode-Artikel
Ein Paaten Strick-Krawatten nur modische Farben Serie I Kanonale M. 14.— Serie II Chappowide M. 24.—
Ein Paaten Selbstlander Halbeside, offene und sportform, neu sträf u. gemustert Serie I M. 30.— Serie II M. 48.—
Reine Seide, einfarbig, gemustert, bester Fabrikat M. 65.—
Ein Paaten Selbstlander reine Seide, Halbeside und Waschseide Serie I M. 15.— Serie II M. 25.—
Ein Paaten Schals für Damen und Herren, aus bestem Material, ganz besonders preiswert, einfarbig u. gemustert Serie I M. 75.— Serie III M. 125.—
Serie II M. 90.— Serie IV M. 150.—

Änderungen werden zum Selbstkostenpreise berechnet

S. ADAM